Nr. 147. Halle (Saale), Montag, den 26. Juni 1916. 27. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus. Durch die Post 70 Pf. oder vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.
Schriftleitung: Merz 48/44. Fernsprech. 1046 Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter Text (92 mm breite Kolonelzeile) 75 Pf.
Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).
Hauptgeschäftsstelle: Merz 48/44. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen v. 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutsche Heeresberichte.

Großes Hauptquartier, 25. Juni 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Feind entwickelte im Abschnitt südlich des Kanals von La Bassée bis über die Somme hinaus auch nachts anhaltende rege Tätigkeit, belegte Lens und Vororte mit schwerem Feuer und ließ in Gegend von Beaumont—Hamel (nördlich von Albert) ohne Erfolg Gas über unsere Linien streichen. Links der Maas erreichte das feindliche Feuer gegen Abend besonders am Toten Mann große Stärke. Nachts fanden hier kleinere für uns erfolgreiche Infanterieunternehmungen statt. An unsern östlich der Maas gewonnenen neuen Stellungen entspannen sich unter beiderseits dauernd starker Artillerietätigkeit mehrfach heftige Infanteriekämpfe. Alle Versuche der Franzosen, das verlorene Gelände durch Gegenangriffe wiederzugewinnen, scheiterten unter schwersten blutigen Verlusten für sie; außerdem büßten sie dabei noch über 200 Gefangene ein. Oestlich von St. Dié wurden bei einem Patrouillenvorstoß 15 Franzosen gefangen eingebracht.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem nördlichen Teile der Front kam es an mehreren Stellen zu Gefechten von Erkundungsabteilungen, wobei Gefangene und Beute in unsere Hand fielen.

Heeresgruppe des Generals von Linsingen. Unserem fortschreitenden Angriff gegenüber blieben auch gestern starke russische Gegenstöße, besonders beiderseits von Zaturce, völlig ergebnislos. Südlich des Plaizewka-Abschnitts (südöstlich von Berestezko) wurden mit nennenswerten Kräften geführte feindliche Angriffe restlos abgeschlagen.

•

Großes Hauptquartier, 26. Juni 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Kampftätigkeit an unserer nach Westen gerichteten Front gegenüber der englischen und dem Nordflügel der französischen Armee war wie an den beiden letzten Tagen bedeutend. Westlich des Toten Mannes scheiterten nächtliche feindliche Vorstöße im Artillerie- und Maschinengewehrfeuer.

Rechts der Maas endete abends ein Angriff sehr starker Kräfte gegen die deutschen Stellungen auf dem Rücken Kalte Erde mit einem völligen Mißerfolge der Franzosen. Sie sind unter großen Verlusten, teilweise nach Handgemenge in unseren Linien, überall zurückgeworfen.

Deutsche Fliegergeschwader griffen englische Lager bei Pas (östlich von Doullens) mit Bomben an.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

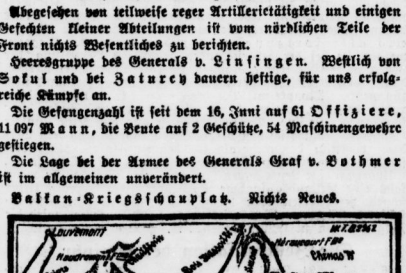
Abgesehen von teilweise reger Artillerietätigkeit und einigen Gefechten kleiner Abteilungen ist vom nördlichen Teile der Front nichts Wesentliches zu berichten.

Heeresgruppe des Generals v. Linsingen. Westlich von Sokul und bei Zaturcy dauern heftige, für uns erfolgreiche Kämpfe an.

Die Gefangenzahl ist seit dem 16. Juni auf 61 Offiziere, 11 097 Mann, die Beute auf 2 Geschütze, 54 Maschinengewehre gestiegen.

Die Lage bei der Armee des Generals Graf v. Bothmer ist im allgemeinen unverändert.

Balkan-Kriegsschauplatz. Nichts Neues.



Bericht des österreichischen Generalstabes.

Wien, 25. Juni. Amtlich wird verlautbart.

Russischer Kriegsschauplatz.

In der Bukowina bezogen unsere Truppen zwischen Kimpolung und Jakobeny neue Stellungen. Die Höhen südlich von Berhometh und Wisnitz wurden von uns ohne feindliche Einwirkung geräumt. An der galizischen Front gewohnte Artillerietätigkeit, nordwestlich von Tarnopol auch Minenwerfer- und Handgranatenkämpfe. Südöstlich von Berezeczko wiesen wir mehrere feindliche Angriffe ab. Bei Holatyn-Grn. wurden die Höhen nördlich der Lipa erstürmt. Der Feind hatte hier schwere Verluste an Toten. Westlich von Torczyn drangen unsere Truppen in die feindliche Stellung ein und wiesen heftige Gegenangriffe ab. Am Styr abwärts Sokul ist die Lage unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Küstenländischen Front standen unsere Stellungen zwischen dem Meere und dem Monte Sabotino zeitweise unter lebhaftem Artilleriefeuer. Oestlich von Polazzo kam es zu Handgranatenkämpfen. Nachts versuchten drei Torpedoboote und ein Motorboot einen Handstreich gegen Pirano. Als unsere Strandbatterien das Feuer eröffneten, ergriffen die feindlichen Schiffe die Flucht. An der Kärntner Front beschränkte sich die Gefechtstätigkeit nach den von unseren Truppen abgeschlagenen Angriffen im Plöcken-Abschnitt auf Geschützfeuer. In den Dolomiten brach ein Angriff der Italiener auf unsere Rufredo-Stellung im Sperrfeuer zusammen. Zwischen Brenta und Etsch war die Kampftätigkeit gering; vereinzelte Vorstöße des Gegners wurden abgewiesen. Im Ortlergebiet scheiterte ein Angriff einer feindlichen Abteilung vor dem kleinen Eiskögele.

•

Die türkische Offensive im Kaukasus. Konstantinopel, 24. Juni. Amtlicher Bericht. Am linken Flügel der Kaukasusarmee wurde die gegen die feindlichen Stellungen auf dem nördlichen Abschnitt des Tschoruk begonnene Offensive und die Eroberung der von uns zum Ziele genommenen feindlichen Stellungen vervollständigt. Die von uns eroberten Stellungen befinden sich 25 bis 30 Kilometer südlich der am Meere gelegenen Ortschaften Ofi und Trapezunt sowie auf den 2800 Meter hohen Gebirgsketten, die sich von Osten nach Westen in der Gegend ausbreiten, wo die Flüsse, die zwischen den beiden Ortschaften im Mere münden, entstehen. Bei der Offensive, die mit größter Heftigkeit seit zwei Tagen auf einer Frontbreite von 50 Kilometern andauert, schlagen sich unsere Truppen mit der größten Tapferkeit. Sie zeichneten sich besonders in den Nahkämpfen mit dem Bajonett aus, bei denen sie in jeder Hinsicht ihre Ueberlegenheit bewiesen. Die Flucht des Feindes, der an gewissen Stellen seine Lager im Stich ließ, ließ unsere Soldaten alle Strapazen des Kampfes vergessen. Ohne den Befehl zur Verfolgung abzuwarten, schickten sie sich fröhlich zum Angriff gegen die Reste des Feindes an und dehnten hierdurch den von ihnen besetzten Abschnitt aus. Bei diesen Kämpfen machten wir eine reiche Beute, bestehend aus verschiedenen Arten von Ausrüstungen, Kriegsmaterial sowie 1½ Millionen Patronen und sieben Maschinengewehren, die wir gegenwärtig gegen den Feind benutzen. Wir machten 652 Mann, darunter sieben Offiziere, zu Gefangenen. Trotz des schwierigen Geländes, das dem Feinde günstig ist, erlitt dieser Verluste, deren Zahl sich auf fast 2000 Tote beläuft. Unsere eigenen Verluste sind vergleichsweise äußerst gering.

Italienischer Hilfskreuzer versenkt. Am 23. vormittags hat ein österreichisches Unterseeboot in der Otranto-Straße einen von einem Zerstörer Typ Fourche begleiteten Hilfskreuzer Typ Principe Umberto versenkt. Der Zerstörer verfolgte das U-Boot mit Bombenwürfen, kehrte zur Sinkstelle zurück und wurde dann dort vom U-Boote ebenfalls versenkt.

Griechenland. Die durch das Ultimatum des Vierverbandes erzwungenen griechischen Kammerwahlen sind auf den 7. August festgesetzt. — Paris, 25. Juni. Der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat nach Prüfung der politischen Lage in Griechenland, des von den Alliierten überreichten Ultimatums und der durch die neuerlichen Verletzungen des griechischen Grenzgebiets von seiten der Bulgaren geschaffenen militärischen Lage erklärt, daß er auf den früheren Beschlüssen beharre; er ist zu dem Schlusse gekommen, daß die von Frankreich, Rußland und England getroffenen Maßregeln kräftig angewendet und daß in kurzer Frist auch militärische Maßregeln bei Saloniki getroffen werden sollen.

Teilmobilmachung in Rumänien. Im rumänischen Kronrat wurde die Mobilmachung des 4. rumänischen Armeekorps zum Schutze der russisch-rumänischen Grenze beschlossen. Die Züge in der Richtung Cascani sind mit einrückenden Reservisten überfüllt.

Gewerkschaftliches.

Verbandsvorstände und Vereinsgesetznovelle.

Einer Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände, über deren Beschluß zur Volksernährungsfrage wir bereits berichteten, lag nach dem Korrespondenz-Blatt der Geschäftsbericht der Generalkommission für die Zeit vom 1. Juni 1915 bis 31. Mai 1916 in Druck vor. Die Erörterung über die Novelle zum Reichsvereinsgesetz wurde durch ein Referat Legiens eingeleitet. Es wurde dazu die folgende, von Schlide beantragte Resolution angenommen:

„Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände vom 15. und 16. Juni 1916 begrüßt die vom Reichstag am 5. Juni d. J. beschlossene Novelle zum Reichsvereinsgesetz, die nach ihrem Wortlaut und ihrer von der Regierung beigegebenen Begründung den Gewerkschaften eine größere Bewegungsfreiheit gewährleistet. Die Konferenz billigt auch das Verhalten der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Beratung und Verabschiedung dieser Novelle. Sie anerkennt, daß es durchaus den Interessen der Arbeiterschaft diente, wenn das Zustandekommen der Vereinsgesetznovelle nicht dadurch gefährdet wurde, daß die Beseitigung des Jugend- und Sprachenparagraphen und der Streikbeschränkungen der Landarbeiter mit ihr verbunden wurde. Sie erwartet, daß die verbündeten Regierungen dem vom Reichstag am 5. Juni d. J. angenommenen Gesetzentwurf, durch den der Sprachenparagraph des Reichsvereinsgesetzes aufgehoben wird, ihre Zustimmung geben und unverzüglich eine Gesetzesvorlage einbringen wird, durch die alle weiteren die freie Ausübung des Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrechtes behindernden Gesetzesbestimmungen beseitigt werden."

Der erste Teil der Resolution wurde einstimmig, der zweite gegen zwei Stimmen angenommen. Ein Vertreter erklärte, daß er sich der Stimmabgabe enthalten habe, weil die Mehrheit seines Verbandsvorstandes die Taktik der sozialdemokratischen Fraktion nicht als richtig anerkennen könne.

Groß-Berliner Entscheidung.

Berlin, 25. Juni 1916.

Die heutige Generalversammlung des Verbandes der Sozialdemokratischen Wahlvereine von Groß-Berlin begann mit der Anerkennung der Delegierten von Neukölln und Lichterfelde, welche beide Wahlvereine seinerzeit Beitragssperre beschlossen hatten, worüber aber jetzt Verhandlungen schweben. Ein gleichzeitig anerkanntes Mandat von Buchholz wurde alsbald kassiert, da die Abrechnung der Beiträge nicht in Ordnung ist. Es folgte der Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses, Eugen Ernst, der mit einer Ehrung der gefallenen Parteigenossen, ihrer treuen Pflichterfüllung bis zuletzt für uns und unsere Volksgenossen, begann. Er besprach dann die Entwicklung in den letzten Tagen vor Kriegsausbruch, die letzten Kundgebungen für den Frieden, an denen die Teilnahme nicht so stark wünschenswert gewesen sei; wie der Chauvinismus auch in den Arbeitervierteln hervortrat und welche Schwierigkeiten der Kriegszustand der politischen Tätigkeit bereitet. Allen Anregungen habe der Ausschuß stets Rechnung getragen, nicht eine wurde abgelehnt, aber infolge der von Konventikeln ausgehenden Oppositionsbestrebungen, die schließlich die Mehrheit im Zentralvorstand erlangten, sei schließlich jede fruchtbringende Arbeit unmöglich geworden. Ja, Zentralvorstandsmitglieder selbst hätten ihren eigenen, gegen Sonderbestrebungen gerichteten Beschlüssen alsbald zuwidergehandelt. Es war keine Aussprache mehr möglich, man wollte sich nicht verstehen. Zum zehnjährigen Jubiläum des Verbandes wünscht Ernst ihm nur, daß er in Zukunft die Krise überwinde und eine wuchtige Waffe des arbeitenden Volkes werde. — Kassierer Böske berichtete über die natürlich ungünstige Gestaltung der Kassenverhältnisse. Während der Kriegsdauer wurden fast 110 000 Mk. Kassenbestand zugesetzt. Es sei keine Besserung zu erwarten, wenn nicht wieder mehr Vernunft einziehe.

In der Besprechung richtete gleich der erste Redner Barth-Lichterfelde heftige Angriffe auf die Funktionäre, die lieber über das hätten berichten sollen, was sie nicht getan hätten. Noch viel trostloser als selbst die Bewilligung der Kriegskredite sei es gewesen, daß der Vorwärts einem Manne einen großen Nachruf gewidmet habe, der durch seine freiwillige Meldung zum Militär sein ganzes früheres politisches Wirken preisgegeben habe. (Ludwig Frank. Anm. d. Ber.) Die Partei habe den Standpunkt nicht gewahrt, den sie entsprechend den Beschlüssen der Parteitage des In- und Auslandes und der internationalen Kongresse zu wahren hatte. Sie habe nicht nur nicht vermocht, den Krieg zu verhindern, sie habe auch nichts getan, um den Krieg abzukürzen, ja sie habe sogar die Arbeiter zum Chauvinismus erzogen. (Lebhafter Beifall und heftiger Widerspruch.) Aber auch Ledebours Baralong-Rede im Reichstage sei eine Dummheit gewesen, die dazu beigetragen, die Arbeiter in den Sumpf zu führen. Es habe in der Tat den Anschein, als habe die Partei den Boden des Klassenkampfes verlassen und sei eine bürgerliche Kompromißpartei geworden. — Aehnlich äußerten sich die weiteren Redner. — Ledebour legte dar, daß er im Reichstag als Demokrat nichts anderes tun konnte, als übereinstimmend mit dem korrekten Verlangen der deutschen Regierung zu fordern, daß die Baralong-Leute vor das zuständige Kriegsgericht kommen, nicht wie Grey anbot, vor eine amerikanische Kommission, der auch noch alles mögliche andere unterstehen sollte. Man mache ja mit dieser Sache in Berlin eine unwahre Propaganda gegen ihn. — Nach weiteren Angriffen anderer Redner führte Ernst im Schlußwort aus, daß er und seine Kollegen Böske und Fischer sich stets gegen Zerrüttung und Zerreißung der Partei gewehrt hätten. (Widerspruch.) In den Geheimkonventikeln bestehe die Gefahr, daß Lumpen allerhand unkontrollierbare Verleumdungen verbreiten. (Widerspruch.) Man vermisse Aktionen der Partei, habe aber Aktionen, soweit sie unternommen wurden, nicht genügend unterstützt. Er, Ernst, habe jahrzehntelang bewiesen, daß er für die Partei, für seine Ueberzeugung zu kämpfen willens sei, unbekümmert um Gefahr oder materielle Vorteile, aber gehässige Kämpfe in der Partei zu führen, das mache er nicht mit, und bloßes Reden imponiere ihm nicht, mag es auch noch so kühn klingen. Er lasse sein Amt gern anderen, die er nicht beneide, denn die, die hinter ihnen stehen, würden Taten verlangen.

Vorstandswahlen.

Darauf folgten die Neuwahlen, die auf Antrag Eichhorn (Berlin IV.) sogleich, statt später, vorgenommen werden. Von den Kreisen waren für Ernst, Böske und Fischer vorgeschlagen: Adolf Hoffmann, Herbst und Weise. Von Teltow-Beeskow wurde als Schriftführer Eberlein-Marienfelde vorgeschlagen, damit auch die Richtung, die dort die Mehrheit habe, vertreten sei. Leid-Berlin VI. begründete die Kreisvorschläge damit, daß sie sich nicht persönlich gegen die alten Funktionäre richten, sondern nur einen mit der Mehrheit übereinstimmenden Vorstand bilden sollen. — Zum Parteiausschuß wurde Stadthagen, von Teltow-Beeskow Rosa Luxemburg vorgeschlagen. Ledebour sprach für Stadthagen, weil die Minderheit im Parteiausschuß einen Reichstagsabgeordneten haben wolle, weil er als Vorwärtsredakteur besonders nötig für die kommenden Vorwärtsdebatten im Parteiausschusse sei und als alter Berliner auch bei den Debatten über Berlin sehr an seinem Platze sein würde. Gegen Stadthagen machte Eberlein geltend, daß St. am 4. August 1914 auch für die Kriegskredite gestimmt habe und daß andere Leute mehr Fühlung mit den Massen hätten, als ein Abgeordneter.

Es wurden gewählt: mit 307 gegen 67 Stimmen, die auf Ernst fielen, Adolf Hoffmann zum Vorsitzenden, mit 294

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160626-18/fragment/page=0001

gegen 59, für Böske, Herbst zum Kassierer, mit 244 gegen 63, für Eberlein und 56 für Fischer, Weise zum Schriftführer. In den Parteiausschuß wird Stadthagen, als Stellvertreterin Dr. Rosa Luxemburg gewählt.

In die Landeskommission für Preußen wurden vorgeschlagen: Paul Hoffmann, Laukandt, Dr. E. Meyer und Richard Fischer; die Wahl wurde bis nach Stellungnahme der Kreise ausgesetzt. — Auch der Zentralvorstand wurde ganz aus der bisherigen Opposition zusammengesetzt. Beim Bildungsausschuß teilte Däumig mit, daß die Gewerkschaften sich am Bezirksbildungsausschuß nicht mehr beteiligen, wie sie angeben wegen Geldmangels. — Es folgten Resolutionen auf Anerkennung des neuen Kreisvorstandes für Teltow-Beeskow und auf eine Vertrauenskundgebung für die Soz. Arbeitsgemeinschaft, die angenommen wurden. — Darauf berichtet Redakteur Däumig über

den Vorwärtskonflikt.

Redakt. Däumig schilderte den in allen Einzelheiten ziemlich bekannten Konflikt, der aus dem immer schärfer gewordenen Meinungsgegensatz zwischen der Vorwärts-Redaktion, die schon am 4. August gegen die Kriegskreditbewilligung durch eine Erklärung an den Parteivorstand protestierte, der Minderheit und der Fraktions- und Parteivorstandsmehrheit entstanden ist. Der Redner legte besonderen Nachdruck darauf, daß die Vorwärts-Druckerei Eigentum der Berliner Genossen sei, die sich gegen die Ausschaltung der Preßkommission durch den Parteivorstand, gegen seine Zensur und sein sonstiges Vorgehen wenden müßten, ebenso wie gegen das Richard Fischers, der dem technischen Personal u. a. das Setzen von Beiträgen Dr. Meyers untersage und selbst der Redaktion habe verbieten wollen, Beiträge Meyers aufzunehmen. Die Redaktion billige nicht die Beitragssperre-Agitation Meyers, aber er müsse dasselbe Recht zur Vertretung seiner Ansichten als Parteigenosse haben, wie etwa Lensch, Hänisch usw. Alle Dinge, die sich gegen den Parteivorstand richten, werden unterdrückt. Wenn die Redakteure des Vorwärts nicht die Ueberzeugung hätten, daß hinter ihnen die große Mehrheit der Genossen Groß-Berlins und sehr vieler anderer Orte stehe, dann hätten sie längst ihre Aemter niedergelegt, denn die Redakteure des Vorwärts seien selbst denkende Genossen, die sich nicht als Kulis behandeln lassen. Es sei unmöglich, daß sich die Redakteure des Vorwärts länger diese Zensur gefallen lassen werden. Die Redaktion des Vorwärts habe mit überwältigender Mehrheit beschlossen, die Politik der Arbeitsgemeinschaft, die dem Programm und den bisherigen Grundsätzen der Partei, aber auch den Beschlüssen der Parteitage und internationalen Sozialistenkongressen entsprechen, zu verfolgen, sie lehne es mit voller Entschiedenheit ab, Unterweisungen vom Parteivorstande bezüglich ihrer politischen Haltung entgegenzunehmen. Trotzdem müsse er einem Protest im Rahmen der Parteiorganisation das Wort reden, eine Sperrung der Parteibeiträge sei der ungeeignetste Weg. (Lebhafter Beifall.)

Eichhorn begründete Resolutionen auf Billigung der Haltung des Vorwärts, auf Feststellung des Eigentums- und Verfügungsrechts der Berliner, auf Aufforderung an die Neunerkommission, endlich ihres Amtes als Treuhänder der Berliner Genossen entsprechend zu handeln; weiter wird in Eichhorns Resolutionen eine parteiamtliche Präventivzensur über Parteiorgane nicht nur als verwerflich, sondern auch als verächtlich bezeichnet und es wird angekündigt, daß die Berliner Parteigenossen die Angelegenheit von sich aus entsprechend ihrer Zuständigkeit nötigenfalls selbst regeln werden; hierzu soll der neue Vorstand alle erforderlichen Schritte tun, ohne Bestätigung durch eine neue Generalversammlung abzuwarten. Endlich wird der Zentralvorstandsbeschluß auf Weiterzahlung des Gehalts an Dr. Meyer aus Berliner Mitteln — den Böske nicht ausgeführt hatte — genehmigt.

Dr. Rosa Luxemburg (Teltow-Beeskow) forderte vor allem mehr Selbstkritik und kritisierte scharf die Zensurrede Dittmanns —

—, die Haltung der Arbeitsgemeinschaft und des Vorwärts.

Ihr seid heute hier noch Gegner der Beitragssperre, die nur eine der Konsequenzen der offiziellen Parteipolitik unter den Massen ist. Die Resolutionen bringen uns nicht weiter; was kümmert sich der Parteivorstand um Resolutionen, Statut, Anstand! (Beifall.) Der Parteivorstand ist entschlossen, dem Imperialismus Vorspanndienste zu leisten. (Beif.) Ihr müßt euch mit den Gleichgesinnten im ganzen Reiche vereinigen, müßt erklären, daß dieser Parteivorstand kein sozialdemokratischer Parteivorstand mehr ist. Wer von euch würde zustimmen, ein Zwanzigstel der Beiträge direkt zur Unterstützung der Regierungspolitik abzuführen? (Sehr gut! Beif.) Die Beitragssperre soll nur ausdrücken, daß die Parteigroschen für den Sozialismus aufgebracht werden. Nicht Resolutionen, sondern Taten! Dann wird die „Spaltung" bald überall so aussehen wie bei uns in Teltow-Beeskow, wo auf der einen Seite der Kreis, auf der anderen die paar Leute vom alten Kreisvorstand stehen! — Rednerin beantragt eine Resolution Ernst Meyer-Eberlein-Luxemburg im Sinne ihrer Ausführungen, die den Zentralvorstand beauftragt, im Einvernehmen mit den anderen Kreisen, die unter der Willkür dieses Parteivorstandes leiden, Abwehrmaßnahmen zur Rettung der Partei zu beraten. — Ein derartiger Beschluß allein ist geeignet, die vielen, die in der Partei jetzt nicht mehr atmen können, der Partei zu erhalten. (Stürm. Beif.)

Dieser Rede trat Ledebour entgegen; allem, was gegen den Parteivorstand gesagt sei, stimme er zu; aber ganz falsch würde es sein, Formfehler zu begehen und einem Parteitage die Möglichkeit zur Ausschließung der Opposition zu geben. Man müsse so weiterarbeiten wie bisher. Eine Sperrung der Parteibeiträge sei nicht nur vollständig falsch, sondern auch gänzlich unwirksam. Der Parteivorstand habe nicht nötig, seine Tätigkeit einzustellen, auch wenn ihm alle Parteibeiträge gesperrt werden, da er über ein sehr großes Kapital verfüge. Wenn aber der Kampf gegen den Parteivorstand, den er durchaus billige, mit Erfolg geführt werden solle, dann müsse er im Rahmen der Parteiorganisation geführt werden. Dies könne aber nicht geschehen bei Sperrung der Parteibeiträge, da alsdann die betreffenden Genossen sich außerhalb der Organisation stellen. Der Vorwurf gegen die Redaktion des Vorwärts sei unberechtigt angesichts der großen Schwierigkeiten, unter denen augenblicklich die Redakteure zu arbeiten haben.

Barth trat mit großer Entschiedenheit für die Resolution Luxemburg und für die Sperrung der Parteibeiträge an den Parteivorstand ein. Jedenfalls sei es sehr charakteristisch, daß der Parteivorstand es nicht der Mühe für wert gehalten habe, sich durch ein Mitglied in dieser Generalversammlung vertreten zu lassen.

Abg. Haase: Der Vorwurf R. Luxemburgs gegen die Redaktion des Vorwärts — „Halbheit" — sei vollständig unberechtigt.

Im übrigen ersuche er, die Resolution Luxemburg abzulehnen und der Eichhornschen zuzustimmen.

Die Redakteure Däumig und Meyer erwähnten die vielen Schwierigkeiten, mit denen die Redaktion des Vorwärts zu kämpfen habe. — Alsdann wurde die Resolution Luxemburg gegen etwa 30 Stimmen abgelehnt, die Resolution Eichhorn dagegen fast einstimmig angenommen. — Ferner wurde noch auf Antrag Krause beschlossen: Die Generalversammlung erkennt die Fraktion der Arbeitsgemeinschaft als die einzig wirkliche Vertreterin der deutschen Sozialdemokratie an und beschließt, die Genossen in Stadt und Land aufzufordern, die Arbeiten dieser Fraktion nach Kräften zu fördern. — Auf Antrag Adolf Hoffmanns wurde eine Sympathieerklärung für den in Haft befindlichen Abg. Karl Liebknecht und alle diejenigen, die ihrer politischen Ueberzeugung wegen in Schutzhaft genommen seien, ausgesprochen. In der Erklärung hieß es: Liebknecht, der auf dem Boden der internationalen Sozialdemokratie steht, kann keinen Kriegsverrat begangen haben. — Adolf Hoffmann bemerkte noch: Auch in den „Sonderorganisationen" seien nur organisierte Genossen gewesen, unter diesen habe sich niemals ein Lump befunden. — Eugen Ernst: Er habe nur gesagt: In einem geheimen Konventikel könne leicht ein Lump integrieren. — Nachdem ein von Eichhorn beantragter Protest gegen den Beschluß der Preußischen Landeskommission angenommen war, erklärte Eugen Ernst auf Anfrage Barths, daß er (Ernst), Böske und Fischer ihre Sitze in der Landeskommission behalten.

Unter lebhaftem Widerspruch wurde die Versammlung geschlossen.

Eine Zuschrift des Bezirkssekretärs.

Der Bezirkssekretär für den Parteibezirk Halle, der zugleich Mitglied der Preußischen Landeskommission ist, ersucht uns um Veröffentlichung des Folgenden:

In der Sonnabendnummer bringt das Volksblatt einen Artikel, in dem es durch die Ueberschrift Parteifieber den gegenwärtigen Zustand der Partei zutreffend kennzeichnet. Der Artikel behandelt einen Streitfall, der die Gemüter mehr als nötig erregt, eben weil wir jetzt in einer Art Fieberzustand alles von der schlimmsten Seite betrachten. Darum scheint es mir nötig, durch einige rein sachliche Erörterungen den Genossen zu zeigen, wie man diesen neuen Streitfall auch ohne Entrüstung betrachten kann. Schon das Volksblatt versuchte, etwas Oel auf die Wogen zu gießen.

Bei Schaffung des Organisationsstatuts für die preußische Landesorganisation übertrug man, aus rein praktischen Gründen, der Leitung der Organisation von Groß-Berlin auch die Leitung der preußischen Landesorganisation. Man wählte also nicht bestimmte Personen, sondern übertrug diese Leitung einer bestimmten Körperschaft. Es war sonach ein Auftrag, den die Groß-Berliner Organisation von der preußischen Landesorganisation erhielt. Niemand dachte daran, daß sich daraus einmal ein Konflikt ergeben könnte, und die Art der Regelung bewährte sich auch so lange, als kein ernster Streit die Genossen in Preußen zerklüftete. Jetzt aber tobt im ganzen Reich ein gewaltiger Meinungskampf, und da ragt nun in dem wogenden Meer aus noch parteifriedlicher Zeit der gutgemeinte § 3 Abs. 2 des preußischen Organisationsstatuts hervor. Die bisher sich als zweckmäßig erwiesene Bestimmung wird jetzt Anlaß zu einem scharfen Konflikt. Die Mehrheit der Genossen von Groß-Berlin fühlen das Bedürfnis, sich jetzt eine andere Zentralleitung zu wählen, weil ihnen die Gesinnung oder die Auffassung der drei in Betracht kommenden Genossen im schwebenden Parteistreite nicht gefällt. Damit geben sie aber zugleich der preußischen Landesorganisation eine andere Leitung, ohne daß hier eine Aenderung gewünscht wird. Im Gegenteil: die Mehrheit der Vertreter der preußischen Landesorganisation sind mit der Gesinnung oder der Auffassung der drei in Frage kommenden Genossen einverstanden.

So ist natürlich eine kritische Situation entstanden, und zu ihrer Lösung sucht jeder nach parteijuristischen Gründen. Der eine kann mit Recht sagen: § 3 Abs. 2 des preußischen Organisationsstatuts besteht, also haben wir „das Recht", ihn für uns auszunutzen. Der andere hingegen kann sagen: Bitte schön, das Recht im § 3 Abs. 2 ist dir seinerzeit „auf Treu und Glauben" hin eingeräumt worden. Du hast darum auch eine gewisse sachliche Verpflichtung, mit diesem Rechte in Zeiten eines Parteikonfliktes keinen „Mißbrauch" zu treiben. Pochst du auf dein formales Recht, diesen Paragraphen jetzt zu deinem Gunsten auszunutzen, so poche auch ich auf mein formales Recht, zur Entscheidung des durch diese Sache entstandenen Streitfalles, wenn nötig, einen preußischen Parteitag anzurufen. Gegen seine Abhaltung bestehen natürlich berechtigte Bedenken, aber er würde die einzige Möglichkeit bieten, den Streitfall formgerecht aus der Welt zu schaffen.

Wer wohlwollendes Verständnis für die Absicht der einen Seite hat, die die drei in Betracht kommenden Genossen ihrer Ansicht wegen entfernen will, sollte auch Verständnis für den Willen der anderen Seite haben, die die drei Genossen eben aus dem gleichen Grunde halten will. Wer wohlwollendes Verständnis für die Eilfertigkeit der Mehrheit der Berliner Genossen hat, der sollte darum auch Verständnis für die Eilfertigkeit der Landeskommission haben. Dort werden drei bisher bewährte Genossen wegen einer Meinungsverschiedenheit entfernt, zwei davon verlieren dabei ihr festes Anstellungsverhältnis (das beliebte Wort „Maßregelung" will ich vermeiden), und hier will man diese drei Genossen, wenigstens moralisch, stützen. Wer also Verständnis für diese Aktion der Berliner Mehrheit hat, sollte sich auch nicht ganz dem verschließen, daß es richtiger gewesen wäre, die Berliner Mehrheit hätte die Entfernungsaktion gegen ihre Zentralleitung etwas aufgeschoben, eben weil diese Genossen zugleich auch die Leitung der ganzen Landesorganisation sind.

So wenig man sich nun aber über den „Mißbrauch" einer statutarischen Bestimmung durch die Genossen von Groß-Berlin aufzuregen braucht, ebensowenig sollte man sich über den durch die Landeskommission begangenen „Rechtsbruch" entrüsten. Man muß vielmehr dringend wünschen, und es ist das vielleicht auch noch möglich, daß in der Streitsache irgendwelche Verständigung erzielt wird.

Schwer zu bedauern ist, daß der ganze allgemeine Bruderzwist, den jetzt die Partei erlebt, immer gleich bei jeder Gelegenheit zu heller Flamme auflodert. Aber das liegt leider in der Natur aller Bruderzwiste. Jeder der streitenden Brüder bauscht gern die „Sünden" des anderen auf, bis nach längerem Streit endlich wieder mal die Einkehr kommt. Man besinnt sich schließlich darauf, daß dieser Bruderkampf doch nicht, zum Gaudium Fremder, ewig fortgeführt werden kann, man wird mäßiger in seinen Worten und Angriffen, und schließlich versöhnen sie sich wieder. Eben weil sie Brüder sind. So wird's auch bei dem gegenwärtigen Bruderzwist in der Partei werden. Der gegenwärtige Grad des „Parteifiebers" scheint mir die Krise zur Besserung zu sein. Denn in derselben Nummer des Volksblatts ist eine rühmenswerte Tat enthalten. Nämlich der Aufruf von zahlreichen führenden Genossen der „Linken" und „Rechten", der zur Mäßigung und Einkehr mahnt. Das ist vielverheißend. Möge dieser Aufruf allseitiges Verständnis und ernste Beachtung finden, statt sich über viele andere Sachen, die man jetzt zu lesen bekommt, übermäßig aufzuregen.

R. Drescher.

Politische Uebersicht.

„Die Einheitsschule — eine landfeindliche Forderung?"

Unter diesem bezeichnenden Titel veröffentlicht der Tag einen Artikel gegen die Einheitsschule, die mit Recht als eine der aus den Kriegserfahrungen notwendig sich ergebenden Forderungen allgemein angesehen wird. Was der Tag gegen die Einheitsschule einwendet, ist zunächst einmal der Hinweis auf die Schwierigkeiten, die der Einheitsschule auf dem Lande entgegenstehen. Wir sehen gerade darin einen Vorzug der Einheitsschule, daß sie endlich mit dem System der schlechteren Volksbildung auf dem Lande brechen würde. Der Verfasser des Artikels weist weiter darauf hin, daß das Problem der Einheitsschule noch nicht dadurch gelöst wird, daß ein Schulgeld von keiner Bildungsanstalt mehr erhoben wird. Der Tag meint, außer dem Schulgeld sei doch noch das Bargeld für die Pension in der Stadt und für den sonstigen „erhöhten Lebensaufwand" (insbesondere Kleidung) aufzubringen. Auch sei zu berücksichtigen, daß die Schulkinder auf dem Lande wirtschaftliche Arbeit verrichten, deren Ausfall ebenfalls mit mehreren hundert Mark anzusetzen sei. Wir sehen nicht ein, weshalb gerade die Kinder auf dem Lande verpflichtet sein sollen, während ihrer Schulzeit wirtschaftliche Arbeit zu verrichten. Immerhin ist es richtig, daß mit der Einführung der Einheitsschule die Kosten für die Erziehung wesentlich steigen würden. Wir sind aber weiter überzeugt, daß die Einheitsschule den Kindern des Volkes nicht nur einen persönlichen Gewinn bringen, sondern sich infolge der gesteigerten Leistungen der durch die Einheitsschule gegangenen Kinder für das ganze Wirtschaftsleben rentabel erweisen wird.

Zum Prozeß gegen Liebknecht

meldet eine Berliner Korrespondenz:

Die Verteidigung führt als Offizialverteidiger Rechtsanwalt Grasso, jedoch wird der Bruder des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Theodor Liebknecht, beantragen, ihn als zweiten Verteidiger zuzulassen.

Der Vorwärts weist darauf hin, daß bei der Anklage wegen versuchten Kriegsverrats neben dem § 89 des R.-Str.-G.-B. noch § 57 des Militär-Strafgesetzbuches in Betracht komme. Für die Strafabmessung sei entscheidend der § 44 des Reichsstrafgesetzbuches, der lautet:

„Das versuchte Verbrechen oder Vergehen ist milder zu bestrafen als das vollendete.

Ist das vollendete Verbrechen mit dem Tode oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht, so tritt Zuchthausstrafe nicht unter drei Jahren ein, neben welcher auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden kann."

Die Kredite in Frankreich.

Paris, 25. Juni. (Havas.) Die französische Kammer hat mit 512 Stimmen gegen 3 die Zwölftel des vorläufigen Haushalts für Juli, August und September insgesamt angenommen. Präsident Deschanel erklärte in einer Ansprache: Weder Frankreich noch irgendein Franzose könnte einen sofortigen Waffenstillstand oder einen Frieden zulassen, die einen Rückzug vor der wiederholten Verletzung geltender Rechte darstellen würden. Die Sozialisten erklärten, alle Kredite annehmen zu wollen, um den Sieg des Vaterlandes sicherzustellen. Brizon verlas in seinem Namen und im Namen von Raffin-Dugens und Blanc, die mit ihm an der Beratung in Zimmerwald teilgenommen hatten, eine Erklärung, in der die Gründe auseinandergesetzt werden, aus denen sie gegen die Kriegskredite und für einen Frieden ohne Gebietserweiterung sowie für einen Waffenstillstand stimmen.

In der Erörterung bemängelte der unabhängige Sozialist Grodet, daß die Regierung keine genauen Aufschlüsse gebe über die Verwendung der Kredite. Er protestiere gegen die Außerachtlassung aller Regeln der öffentlichen Rechnungsführung. Ribot übernahm jede Verantwortung mit dem Hinweis, daß die Kriegszeit die Abstellung der Mängel unmöglich mache.

Kleine politische Nachrichten.

Lonsdales nicht begnadigt. Mehrere Zeitungen haben berichtet, daß der englische Kriegsgefangene, der Londoner Straßenbahnführer William Lonsdale, der wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten im Gefangenenlager zu Döberitz vom Oberkriegsgericht zum Tode verurteilt worden war, von Wilhelm II. begnadigt worden sei. Wie der Vorwärts erfährt, trifft diese Meldung nicht zu.

Ministerrücktritt in England. London, 26. Juni. Der Landwirtschaftsminister Earl of Selborne ist zurückgetreten.

Ums tägliche Brot.

Bestandsaufnahme.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes, v. Batocki, schreibt:

„In den fünf Wochen meiner bisherigen Amtstätigkeit sind mir neben vielen vernünftigen und praktischen Ansichten und Ratschlägen so viele unbedachte und unvernünftige Auffassungen über die Lebensmittelfrage entgegengetreten, daß ich es für nützlich halte, der Oeffentlichkeit meine Ansichten und Absichten fortlaufend in einer Reihe kleiner Aufsätze zu unterbreiten. . . .

Heute will ich meine Meinung über die Frage der Bestandsaufnahme von Lebensmitteln aussprechen.

Selbst die mit großen Erwartungen begrüßte Bestandsaufnahme der Fleischwaren und der Fleischkonserven in den Gewerbe- und Handelsbetrieben hat in ganz Deutschland zusammen nur ganz geringe Mengen ergeben, weil die Konserven seinerzeit zum weit überwiegenden Teile für Heereszwecke verbraucht worden sind. Ist hiernach auch die Hoffnung, in den Privathaushalten durch eine Bestandsaufnahme große Mengen von Nahrungsmitteln für die Volksernährung flüssigzumachen, übertrieben, so hat der Vorstand des Kriegsernährungsamtes trotzdem die Vornahme einer solchen Aufnahme in Stadt und Land beschlossen unter Ausdehnung auf die Vorräte im Besitz der Kommunen und Bezirkseinkaufsgesellschaften. Die Bestandsaufnahme wird, um sie gründlich vorbereiten zu können, erst in mehreren Wochen erfolgen können. Sie soll dann später während der Kriegsdauer in angemessenen Zeiträumen wiederholt werden und damit alle bisher üblichen Einzelbestandserhebungen entbehrlich machen. Ganz geringfügige Mengen der einzelnen Waren müssen, um überflüssiges Schreib- und Rechnungswesen zu vermeiden, von der Aufnahme selbstverständlich freibleiben. Aber auch darüber hinaus wird nicht daran gedacht, die durch die Aufnahme festgestellten Mengen etwa alle fortzunehmen und zu verteilen. Dagegen werden sie bei der bevorstehenden genaueren Verteilung der neuen in den Verkehr gebrachten Vorräte angerechnet werden, damit diese Verteilung gerecht wird. Hat sich also jemand noch für mehrere Monate mit Vorräten eingedeckt, so wird er diese ruhig behalten, gleichviel, ob es Fleischwaren, Zucker oder sonstige Waren sind. Voraussetzung ist nur, daß keine sinnlose Hamsterei, womöglich von verderblichen Waren, und kein Verdacht vorliegt, daß mehr als für den eigenen Haushalt verständigerweise nötig, zu Spekulationszwecken aufgehäuft ist. . . .

Unverständige Leute haben hier und da erklärt, daß sie, wenn solch eine Bestandsaufnahme stattfindet, ihre Vorräte lieber schnell verbrauchen oder womöglich vergraben oder sonst beseitigen würden. Wer wirklich so handeln sollte, wird die Folgen davon zu spüren haben. . . ."

Die Zentralisation der Einfuhr.

Berlin, 24. Juni. Im parlamentarischen Beirat für Volksernährung erörterte Staatssekretär und Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. Helfferich die Frage der Organisation der Lebensmitteleinfuhr und die Beschwerden gegen die Zentral-Einkaufsgesellschaft. Nicht willkürlich, sondern unter dem Drucke zwingender Notwendigkeiten haben wir uns zur Einschränkung der Freiheit der Einfuhr, die ja auch während des Krieges noch eine Zeitlang bestanden hatte, entschlossen. Die schrankenlose Freiheit der Konkurrenz beim Einkauf im Auslande schlug durchaus zu unserem Nachteile aus und bedrohte schließlich den Fortbestand unserer Einfuhr an seinen Wurzeln. Einmal trat einem durchaus begrenzten Angebot auf den uns offenstehenden Märkten eine praktisch so gut wie schrankenlose Nachfrage gegenüber; die notwendige Folge war eine Preistreiberei ohne Grenzen. Während ferner uns als Abnehmer eine ausreichende Organisation und Zentralisation fehlte und öffentliche Verwaltungen, Gemeinden, Händler einander gegenseitig die schärfste Kaufkonkurrenz machten, war das verkaufende Ausland — teils unter britischem Drucke — weit besser organisiert und uns auch hierdurch überlegen. Unter solchen Umständen wurde die Zentralisation der Einfuhr das unvermeidliche und unaufschiebbare Mittel der Abhilfe. Sie wurde auch notwendig durch Vereinbarungen mit unseren Verbündeten, deren ungeregelte Kaufkonkurrenz wir ebenso ausschalten mußten, wie die unseres eigenen Handels, und sie wurde schließlich durch den Zwang gebieterisch gefordert, die eingeführten Waren nicht nur einzelnen Gegenden oder Verbrauchergruppen zukommen zu lassen, sondern im ganzen Reiche

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160626-18/fragment/page=0002

gleichmäßig zu verteilen. Daß die Zentralisation auch heftige Gegnerschaften auf den Plan rufen würde, war von vornherein selbstverständlich. Nicht nur private Handelsinteressen werden durch sie geschädigt, sondern es werden auch die besonderen Vorteile eingeschränkt, über die gewisse Gebiete durch altgewohnte und feste Einfuhrbeziehungen bei der Beschaffung ausländischer Waren verfügen. Außerdem widerstreben natürlich die ausländischen Verkäufer der Zentralisation, die es ihnen unmöglich macht, die verschiedenen deutschen Käufer gegeneinander auszuspielen und ihre Forderungen stetig in die Höhe zu schrauben. Diesen Widerständen gegenüber muß die Wahrung des allgemeinen Interesses oberste Richtschnur bleiben. Dem dient die Zentralisation am besten. Der Staatssekretär verteidigte dann die Z. E. G.

Noch höhere Roggen- und Kartoffelpreise.

Die ostpreußische Landwirtschaftskammer hat dem preußischen Landwirtschaftsminister Vorschläge über die Preisfestsetzung für Getreide aus der neuen Ernte unterbreitet. Nach Meinung der Landwirtschaftskammer führt die Differenz zwischen den Hafer- und Roggenpreisen zu einer Einschränkung der Roggenanbaufläche zugunsten des Hafers. Deshalb müßten die Roggenpreise entsprechend erhöht werden. Weiter seien im Verhältnis zu den Hafer- und Roggenpreisen die Kartoffelpreise zu niedrig! Die Landwirtschaftskammer macht den Vorschlag, 10 Zentner von der Kartoffelernte eines jeden Morgens zu einem bestimmten Höchstpreise, etwa 4,50 Mk., zur Deckung des Bedarfs der Städte zu beschlagnahmen und den Rest dem freien Verkehr und zu unbeschränkten Preisen zu überlassen. Was dann noch von den Städtern mehr Kartoffeln braucht oder eine besondere Sorte haben wolle, könne den im freien Handel sich bildenden Preis, der etwa 1 Mk. über dem Höchstpreise liegen dürfte, bezahlen.

Ermäßigte Verkaufspreise für holländischen Käse.

Die Zentraleinkaufsgesellschaft m. b. H. (Warenabteilung 13, Käse, Berlin W 8, Mohrenstr. 54/55) hat ihren Grundpreis für frischen holländischen Käse (gleichmäßig für Gouda und Edamer) dem Rückgang der holländischen Marktpreise entsprechend ermäßigt. Es ergeben sich als höchstzulässige Ladenpreise für das Pfund die folgenden: vollfett 2 Mk., dreiviertelfett 1,80 Mk., halbfett 1,68 Mk., Spezialsorte („Geheimratskäse") 2,20 Mk. Diese Preisermäßigung gilt für alle Käsemengen, die seit dem 11. Juni d. J. von Holland abgesandt sind.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

87. Sitzung. Sonnabend, den 24. Juni, vormittags 3/12 Uhr.

Das Steuerkompromiß.

Um die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Abgeordnetenhause, das die erhöhten Steuerzuschläge nur für ein Jahr bewilligen wollte, und dem Herrenhause, das die Bewilligung für die ganze Kriegsdauer vollziehen wollte, zu überbrücken, beantragen die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Polen, die Steuerzuschläge bis zum Schluß des Haushaltsjahrs 1917 zu bewilligen; weiter soll sich die Gültigkeit des Gesetzes um ein weiteres Etatsjahr verlängern, wenn der Krieg am 1. April 1918 noch fortdauern und bis dahin ein neues Gesetz über die Steuerzuschläge nicht zustandegekommen sein sollte.

Allgemeine Besprechung.

Finanzminister Dr. Lentze: Nachdem mdas Herrenhaus die Regierungsvorlage wiederhergestellt hat, muß auch ich den größten Wert auf ihre Wiederherstellung legen. Die Staatsfinanzen müssen gesund bleiben. Dazu muß das Abgeordnetenhaus auch ein Opfer seiner Ueberzeugung bringen. Ein Bedarf für die Zuschläge wird immer vorhanden sein. Für 1915 ist der Fehlbetrag 195 Millionen und wir werden in allen folgenden Jahren mit großen Fehlbeträgen zu rechnen haben. Angesichts dieser Verhältnisse darf das Gesetz nicht wegen einer Lappalie scheitern.

Abg. Ströbel (Soz.):

Es ist ein sehr eigenartiges Schauspiel, wie hier das Abgeordnetenhaus vor dem Herrenhaus zurückgewichen ist, zumal das Herrenhaus nur sehr wenig Entgegenkommen gezeigt hat. Herr v. Heydebrand hat doch selbst gesagt, daß jede Aenderung, die etwa das Herrenhaus vornehmen wollte, das ganze Gesetz gefährden könnte. Denn wenn es sich wirklich nur um Kappalien handelt, wie der Finanzminister sagt, warum hat man denn dann überhaupt diesen Konflikt heraufbeschworen? Das jetzige Vorgehen der bürgerlichen Parteien ist sicherlich nicht geeignet, den Respekt des Herrenhauses der Oeffentlichkeit vor dem Abgeordnetenhause zu erhöhen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Und was soll denn die Fassung der Anträge? Welcher vernünftige Mensch glaubt denn, daß der Krieg noch ein Jahr dauert? Das Abgeordnetenhaus wollte mit aller Energie eine Befristung der Zuschläge durchsetzen; man wollte der Reichsregierung gegenüber

den starken Mann spielen.

Das ist in den Berichten des Herrenhauses auch mit aller Deutlichkeit ausgesprochen. Der Einfluß auf die Reichsregierung sollte dahin geübt werden, eine starke Belastung der besitzenden Klassen zu vermeiden. Man will verhindern, daß die kolossalen Lasten gedeckt werden durch Heranziehung des aus kapitalistischem Mehrwert stammenden Einkommens und Vermögens der besitzenden Klassen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es handelt sich ja jetzt schon um eine jährliche Zinsenlast von mindestens sieben Milliarden Mark. Diese Riesenlast wird natürlich nur zum geringsten Teil durch die neuen Steuergesetze gedeckt; die Kriegsgewinnsteuer ist ja nur eine einmalige. Die ungeheuren Opfer, die das Volk an Gut und Blut und, unter den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen, auch an Gesundheit zu bringen hat, dürfen nicht damit gelohnt werden, daß etwa dem Volke

ungeheure neue Lasten durch indirekte Steuern

aufgebürdet werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ihr ganzes Vorgehen hier bei der Steuervorlage ist aber diktiert von dem Willen, dafür zu sorgen, daß möglichst wenig direkte Steuern auf die Besitzenden und dafür eine Unmasse indirekter Steuern auf die besitzlosen Volksklassen gewälzt werden. Das wurde bei der Verhandlung Ende Mai ganz deutlich von Herrn von Heydebrand ausgesprochen. Auf der einen Seite sollen die Volksmassen ungeheure Opfer bringen, auf der andern Seite wird auf endlose Hinausschleppung des Krieges durch

überspannte Kriegszielforderungen

hingearbeitet, ich erinnere nur an das bekannte Tirpitz-Telegramm. (Lebh. Rufe rechts: Zur Sache! Zur Sache!) Und diese Herren, die eine solche gemeingefährliche und volksschädigende Politik treiben, suchen sich bei den Steuern zu drücken. (Erneute Unterbrechungen rechts, Mahnung des Präsidenten zur Sache.) In England hat man 6 Milliarden an Steuern aufgebracht und nicht alles auf Anleihe genommen, wie bei uns im Reiche. In England wurden auch sehr erhebliche direkte Steuern eingeführt, bei uns aber will man nicht so vorgehen, damit die Kriegsbegeisterung der Besitzenden nicht gedämpft wird. (Sehr wahr! b. d. Soz. Lärm rechts.) Wenn Sie 6 Milliarden zahlen sollten, wie in England, dann hätten wir schon morgen den Frieden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Resolution des Herrenhauses zeigt das Bestreben, eine einheitliche große Reichsfinanzreform zu verhindern und Widerstand dagegen zu leisten, daß die absolute Notwendigkeit erfüllt wird, das Verhältnis der Finanzen der Einzelstaaten zu denen des Reiches von Grund auf zu ändern.

In der letzten Minute haben nun die Konservativen umgelernt und sich zu der Taktik der Herrenhäuser bequemt. Sie glauben auch so, Ihre materiellen Interessen am besten schützen zu können. Wir machen dabei nicht mit. (Lachen rechts.) Wir sind schon programmatisch für jährliche Steuerbewilligung. Wir haben auch gar keine Angst vor einem neuen Vorstoß der Konservativen nach Jahresfrist, solchen Vorstößen und Machenschaften sehen wir mit Seelenruhe entgegen. Sollte sich das Unerhörte ereignen und der Krieg wirklich noch ein Jahr dauern, dann werden im Deutschen Reiche noch ganz andere politische Kräfte am Werke sein, um zu verhindern, daß die Junkerherrschaft allzusehr in die Halme schießt. (Sehr richtig! b. d. Soz.; Lachen b. d. Mehrheit.)

Herr v. Heydebrand hat ja erklärt, wenn dem Abgeordnetenhause die finanzielle Macht entzogen werde, so schwinde auch seine politische Macht, d. h. die der ausschlaggebenden Parteien. Die Konservativen wollen also durch diese Taktik ihren Einfluß stärken, um zu verhindern, daß z. B.

in der Wahlrechtsfrage dem Volke Gerechtigkeit

widerfährt. Kein halbwegs vernünftiger Mensch kann aber daran zweifeln, daß selbstverständlich die Zustände nach dem Kriege, der die Grundlagen der Klassenherrschaft erschüttert, Regierung und bürgerliche Gesellschaft zwingen werden, dem Proletariat Rechte einzuräumen (Sehr wahr! b. d. Soz. Lebh. Rufe rechts: Zur Sache!), nicht als Belohnung für Wohlverhalten (Rufe: Zur Sache!), sondern weil Sie müssen, weil es nicht anders geht, weil die Macht des Proletariats zu groß sein wird und der Druck der Verhältnisse Sie dazu zwingt.

Wir stimmen gegen das Gesetz, weil es die Zuschläge schon bei 2400 Mk. Einkommen beginnen läßt, bei einem durch die Teuerung noch viel geringer gemachten Einkommen. Die Einkommensteuer dürfte erst beginnen, wo die Leistungsfähigkeit vorhanden ist. Wir sehen auch kein absolutes Bedürfnis für die Vorlage, denn wenn im Reiche Dutzende von Milliarden Schulden aufgenommen werden, so ist es ganz wurst, ob in Preußen auch noch eine halbe Milliarde mehr dazu kommt. Eine solche Gesetzmacherei in diesem Augenblick kann aber dazu dienen, um eine vernünftige Steuergesetzgebung für das ganze Reich später zu verhindern. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es kann auch noch ganz erheblich gespart werden an den Geheimausgaben, die wir früher

als Korruptionsfonds

gebrandmarkt haben. Es ist das eine ganz stattliche Summe von Millionen, und es könnten auch von den 45 Millionen für staatliche Förderung des offiziellen Christentums viele gespart werden, jenes offiziellen Christentums, in dem nicht der Geist des Christentums herrscht, sondern der des Blutrausches. (Sehr wahr! b. d. Soz., Lebh. Widerspr. rechts.) Das Christentum hat gerade durch den Krieg und seine Schönheiten (Lebh. Rufe rechts: Zur Sache! — Der Präsident ruft den Redner zur Sache) seinen heillosen Zusammenbruch erlebt. Mögen Sie sich nur tapfer rückwärts konzentrieren, wir verharren auf dem seinerzeitigen Beschluß des Abgeordnetenhauses. Wir treten konsequent ein für gerechte Belastung und Heranziehung der Reichen, die aus diesem Kriege neue Reichtümer schöpfen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Sie sollen die Kosten für diesen Krieg tragen, für den sie auch die Verantwortung zu tragen haben. Wir verlangen Achtung der Volksrechte und nicht schlaue und vieldeutige Versprechungen, sondern Rat und Tat gerade auf steuerpolitischem Gebiete. Wir verlangen zum Wohle des deutschen Volkes, daß auf Grund einer vernünftigen Verständigung diesem heillosen Völkergemetzel möglichst rasch ein Ende gemacht werde. (Beifall b. d. Soz.)

Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Die Besprechung ist geschlossen.

Abg. Frhr. v. Zedlitz und Neukirch (fk.) erscheint auf der Rednertribüne und gibt durch ein Zeichen zu verstehen, daß er sprechen wolle. Abg. Ad. Hoffmann (Soz.) ruft wiederholt: Die Besprechung ist geschlossen! — Präsident: Das Wort hat der Abg. Frhr. v. Zedlitz. — Abg. Hoffmann (Soz.): Das werden wir uns merken!

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fk.): Die Besprechung war noch nicht geschlossen! — Das Haus wird nicht erwarten, daß ich die zum Fenster hinaus gemachten Ausführungen des Vorredners einer Entgegnung oder Betrachtung würdige. Die patriotischen Kreise stehen zu hoch dazu, das ganze Volk ist einig, Gut und Blut zu opfern und die Besitzenden genau so wie die andern. (Abg. Ad. Hoffmann: Aber vom Steuerzahlen lassen sie nichts merken!) Ich lege weiter Verwahrung ein gegen die Ansicht des Vorredners, daß bei Fortdauer des Krieges die Grundlagen, auf denen dieses Haus ruht, erschüttert werden. Wir sind sicher: Wenn der Krieg auch noch länger dauert, werden wir ihn siegreich durchhalten und die Grundlagen des Deutschen Reiches und Preußens werden unverrückt bleiben. — Angesichts der im Reichstage zu Tage getretenen Bestrebungen erachten es uns als Pflicht, nun auch dem Staate zu geben, was des Staates ist. Unsere patriotische Pflicht gebietet, unsere Bedenken zurückzustellen und eine Verständigung mit dem Herrenhaus herbeizuführen. Der Vorredner verlangte mit Emphase eine stärkere Heranziehung des Besitzes, lehnt aber diese Vorlage ab, die eine solche Heranziehung in Preußen herbeiführt! (Sehr gut! rechts.)

Abg. Ströbel (Soz.) meldet sich zum Wort. — Präsident: Mir liegt ein Schlußantrag vor. — Der Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Soz., Polen und einzelner Fortschrittler angenommen. Darauf werden die einzelnen Bestimmungen der Gesetzesvorlage gegen die Sozialdemokraten und Polen angenommen. — Zur Geschäftsordnung erklärt

Abg. Ströbel (Soz.): Wenn es mir auch verwehrt ist, jetzt noch auf die Rede des Abg. v. Zedlitz zu antworten, so stelle ich wenigstens fest, daß er meine Ausführungen vollständig entstellt wiedergegeben hat, wenn er mir die Behauptung zuschiebt, daß durch eine längere Dauer des Krieges die Fundamente des Deutschen Reiches zerstört werden würden. Ich habe wörtlich gesagt, daß durch einen längeren Krieg die Fundamente des preußischen Abgeordnetenhauses und der preußischen Klassenherrschaft erschüttert werden würden. Nach meiner Auffassung kann die Kraft und Herrlichkeit des Deutschen Reiches um so besser aufrechterhalten werden, je mehr die Fundamente der Klassenherrschaft erschüttert werden und die besitzlosen Volksmassen das Recht haben, den Staat zu gestalten.

Abg. Frhr. v. Zedlitz erklärt, sich zum Worte gemeldet zu haben, ehe der Präsident die Besprechung für geschlossen erklärt hatte.

Präsident Graf Schwerin: Bisher war es üblich, daß, wenn mir die Schriftführer bestätigen, es habe sich ein Abgeordneter zum Wort gemeldet, ehe ich die Besprechung schloß, ich ihm noch das Wort erteilte. Diesem Brauch werde ich auch weiter allen Mitgliedern dieses Hauses gegenüber gern folgen.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Ich bitte um die Ermächtigung, am nächsten Dienstag nach der Herrenhaussitzung, wenn es erforderlich ist, eine neue Sitzung des Abgeordnetenhauses anzuberaumen.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.):

Ich widerspreche und verlange, daß am Montag eine Sitzung abgehalten wird mit der Tagesordnung:

Die Ernährungsfragen.

(Lachen rechts.) Da können Sie lachen? (Zurufe rechts: Ueber Sie!) Es gehen Dinge vor in Preußen und in ganz Deutschland bezüglich der Ernährung der minderbemittelten Bevölkerung, die es dringend notwendig machen, sie hier zu besprechen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Mit Verordnungen und Vertröstungen ist lange genug gearbeitet worden. Sie reden ja immer so viel von Verantwortung, denken Sie doch jetzt daran! Wir Sozialdemokraten können es nicht vor dem Lande verantworten, daß das Abgeordnetenhaus auseinandergeht, ohne

den herrschenden Hunger im Lande

hier zur Sprache gebracht zu haben. Es ist noch viel vorhanden, das dem Verbrauch zugeführt werden müßte. Die Beendigung der Notlage des Volkes wird erst nach Beendigung des Krieges möglich sein, aber Linderung ist jetzt auch möglich. (Der Präsident mahnt den Redner, zur Geschäftsordnung zu sprechen.) Es würde im Lande nicht verstanden werden, wenn das Abgeordnetenhaus nur Steuern bewilligen, aber nicht die Zeit zur Beratung über die Teuerung finden würde. (Zuruf rechts: Es ist ja alles getan!) Ja, was denn? Die Behörden sollen doch endlich ihre Rechte ohne Ansehen der Person ausüben, das müßten Sie ihnen einprägen. Für die Zustände, die sich entwickeln, wenn das Haus auseinandergegangen ist, tragen Sie mit die Verantwortung, wenn Sie nicht hören wollen. Sie peitschen das Volk auf! (Gr. Lärm rechts. Rufe: Unerhört! Verrückt!)

Abg. Winckler (kons.) weist als Vorsitzender der Budgetkommission auf die langen und ernsten Beratungen des Abgeordnetenhauses über die Ernährungsfragen hin. Er glaubt nicht, daß das unbedingt notwendige Vertrauen durch eine nochmalige Beratung gestärkt würde.

Abg. Dr. Pachnicke (Vpt.): Man kann den Ueberzeugungen des Abg. Hoffmann entgegentreten und trotzdem den vollen Ernst der Ernährungsfragen würdigen; dem hat aber das Abgeordnetenhaus durch seine zweimalige gründliche Beratung Rechnung getragen, ebenso der Reichstag. Jetzt sind der Worte genug gewechselt, wir wollen vom Kriegsernährungsamt Taten sehen.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.): Es haben sich seit den Beratungen des Abgeordnetenhauses und des Reichstages Dinge im Lande zugetragen, die eine erneute Beratung gerade im Interesse der Erhaltung des Volkes und des Staatswesens erfordern. Daß wir nicht übertreiben, würde Ihnen unser Material beweisen. Was nützt das bisher Geschehene? Das Abgeordnetenhaus hat Zeit zum Steuerbewilligen und sogar zu tagelangen Debatten, wenn plötzlich einmal Herr Dr. Hahn hier ist, da wird doch auch ein Tag übrig sein, um dem Hunger und Notstand des Volkes Rechnung zu tragen. Lehnen Sie das ab, dann wundern Sie sich nicht, wenn das Volk seine Konsequenzen daraus zieht.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Die Reden, die Herr Hoffmann und seine Freunde halten würden, dürften uns eher schaden, indem sie unsere Feinde ermutigen könnten. Ohne Kommissionsberatung könnten wir das Hoffmannsche Material nicht nachprüfen. Seine Anregung ist daher also im wesentlichen eine agitatorische. (Lebh. Zust. b. d. bürg. Part.)

Abg. Herold (Ztr.): Niemand unterschätzt die Ernährungsschwierigkeiten, aber das Haus hat seine Schuldigkeit getan.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fk.): Die Reden des Abg. Hoffmann könnten nur den Eindruck erwecken, als seien wir nahe daran, dem Aushungerungskrieg zu erliegen. Wichtige vaterländische Gründe verbieten ein derartiges Auftreten.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.): Sie kommen immer wieder mit dem Ausland; wenn wir darauf hinweisen, daß noch Nahrungsmittel im Inlande vorhanden sind, so ist das das Gegenteil von dem, was Sie behaupten. Wir wünschen nur, daß das Abgeordnetenhaus das Kriegsernährungsamt zu energischem Zugreifen und zur Beschlagnahme der vorhandenen Lebensmittel antreibt. (Der Präsident mahnt den Redner, zur Geschäftsordnung zu sprechen.) Sie wissen, daß Revolten im Lande . . . (Stürm. Oho! und Schlußrufe.) Wir wollen nicht lange Reden halten, sondern nur einen Beschluß des Abgeordnetenhauses herbeiführen, daß der Ernährungsbeirat seine Pflicht energisch tun soll. Nicht unser Antrag ist agitatorisch, sondern Ihre Ablehnung wird es sein, und vielmehr, als Sie es sich vorstellen!

Der Antrag Hoffmann wird gegen die Sozialdemokraten abgelehnt, die verlangte Ermächtigung dem Präsidenten erteilt.

Schluß der Sitzung: 1 Uhr nachmittags

Aus der Provinz.

Die Bauunternehmer und „ihre" Teuerungszulage.

Eine Erhöhung der Teuerungszulagen für die Bauarbeiter um 3 Pf. für die Stunde (in Orten mit weniger als 5000 Einwohnern um 2 Pf.) soll, wie die Organisationen nach den im Mai d. Js. unter Leitung des Reichsamts des Innern abgehaltenen Verhandlungen beschlossen haben, vom 1. Juli d. J. ab eintreten. Eine weitere Erhöhung um 2 Pf. (bezw. 1 Pf.) soll am 1. September d. J. folgen.

Dazu wird der Lokal- und Provinzpresse aus Unternehmerkreisen nun folgende auffällige Mitteilung übersandt:

„Die Bewilligung ist durch die Unternehmer im Interesse des Burgfriedens in der Voraussetzung erfolgt, daß die bauenden Behörden ihnen die Teuerungszulagen zurückerstatten, soweit letztere beim Abschluß der Bauverträge noch nicht bekannt waren. In den letzten Wochen sind demnach ausführlich begründete Erstattungsanträge an alle Reichsämter, Staatsministerien, Stadtverwaltungen usw. vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und von den ihm angeschlossenen Verbänden gerichtet worden. Die

Zur Aufklärung der Damen über die neue Verfügung teilt die Firma **Geschw. Loewendahl** mit, daß ihre Artikel — nämlich fertige Damen-Konfektion — (Kostüme, Mäntel, Kleider, Blusen, Röcke) **noch jetzt und während des ganzen Monats Juli** genau wie bisher **ohne jede Beschränkung** verkauft werden dürfen. Vom ersten August ab sind dann für bestimmte Preislagen Bezugsscheine erforderlich. **Geschw. Loewendahl** können also ihren Kunden, wie immer so auch im Juli, preiswerte Sommer-Artikel empfehlen, die jetzt in ihren Schaufenstern mit Preisen ausgestellt sind. Auch die ziemlich namhaften Bestände aus der letzten Winter-Saison dürften bei der unveränderten Mode reges Interesse beanspruchen. **Sonntags** sind die Verkaufsräume der Firma im Juli und August gänzlich geschlossen. 1077

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191606 26-18/fragment/page=0003

Antworten stehen leider fast sämtlich noch aus, trotzdem das Reichsamt des Innern den obersten Behörden Berücksichtigung empfohlen hat. Eine Ablehnung der Anträge würde sicher große Störungen im Baugewerbe verursachen, da dann in vielen Bezirken die Zahlung der erhöhten Teuerungszulagen wahrscheinlich nicht durchführbar sein würde. Man hofft daher im deutschen Baugewerbe bestimmt, bis zum Ende dieses Monats Entscheidungen der Behörden zu erhalten, die eine den herrschenden Teuerungsverhältnissen Rechnung tragende Bezahlung der Bauarbeiter gestatten und damit den wirtschaftlichen Frieden im Baugewerbe erhalten."

Wir möchten dazu nach eingezogenen Erkundigungen mitteilen, daß die Bemerkung von den großen Störungen, die durch Weigerung der Behörden entstehen könnten, eine leere Drohung ist. Die Abmachungen über die Zahlung der Zulage sind bindend, ihre Erfüllung hängt von keiner Zurückerstattung durch Behörden ab. Als Zulagen sind absichtlich von den Arbeitervertretern die äußerst niedrigen Sätze angenommen, damit sie von den Unternehmern getragen und auch sehr leicht verschmerzt werden können, wenn man bedenkt, daß die Arbeiter bei der allgemeinen furchtbaren Teuerung viel größere Opfer bringen. Im übrigen haben die Unternehmer bei behördlichen Bauten schon immer so gerechnet, daß sie auch bei etwas steigenden Löhnen noch gut auf ihre Kosten kommen. Ihr Druck auf die Behörden, also die öffentlichen Mittel der Steuerzahler, ist aufs schärffte zu mißbilligen.

Merseburg. Straßenbahn nach Leuna? Von der Leitung der Leunawerke ist der Anschluß an die elektrische Bahn Merseburg—Mücheln ins Auge gefaßt. Ob die Anlage dieser Bahn für die Dörfer Leuna und Rössen eine Verkehrsverbindung mit der Stadt Merseburg bringt, steht dahin. Jedenfalls mußte aber versucht werden, eine enge Verbindung der beiden Ortschaften mit dem Werke zu erreichen.

— Preistreiberei für Futtermittel. Ein Beispiel, wie man die Teuerung künstlich fördert, wird aus dem nahen Lossen berichtet: Bei der Verpachtung des Graswuchses zur Heugewinnung, ohne Grummetnutzung, einer 2¼ Morgen großen Wiese im hiesigen Auengebiete, im sogenannten Saalwinkel, welche nach Lochau gehört, wurden 140 Mk. gezahlt; was ein sehr hoher Preis ist, auch unter den gegebenen Verhältnissen. Aber später erzählt man uns dann, das Fleisch muß so teuer sein, weil das Viehfutter so hoch im Preise stand.

Papitz. Einführung der Kriegsküche. Die Kriegsküche in hiesiger Gemeinde ist jetzt im Gange. Es haben sich bis jetzt 180 Personen angemeldet. Jede Portion kostet 20 Pfg.

Delitzsch. Aus dem Stadtverordnetenkollegium. Zwei Punkte gab es in der letzten Stadtverordnetensitzung, die eine längere Debatte hervorbrachten und gewissermaßen im Mittelpunkte der Tagesordnung standen. Zunächst handelte es sich um die Erhöhung des Zuschusses für das Jugendheim. Dieses Heim, das vor einiger Zeit erst neu geschaffen wurde, erforderte bereits einen städtischen Kostenaufwand von 750 Mk. Nunmehr wurde als jährliche Beihilfe eine Summe von 400 Mk. gefordert. Es ist aber noch gar nicht abzusehen, ob diese Summe ausreicht, denn es wurde mit Bestimmtheit erklärt, daß für das Winterhalbjahr die Kosten ganz erheblich sein werden. Die vorberatende Kommission hatte die Vorlage der finanziellen Folgen wegen abgelehnt. Den Befürwortern der Vorlage gelang es jedoch, eine schwache Mehrheit für eine jährliche Summe von 300 Mk. zu erreichen. Die Notwendigkeit der Jugendpflege wurde von allen Rednern anerkannt, und Herr Schultz will die Jugend noch besonders zur Sittlichkeit erziehen, indem er ganz energisch forderte, daß Jugendliche, die sich nach 9 Uhr abends noch auf der Straße sehen lassen, zur Anzeige gebracht werden müßten. Als Idealverhältnis schwebt ihm anscheinend ein von ihm vorgebrachter Fall vor, nach dem ein Mädchen aus einem Nachbarorte, das abends nach 9 Uhr von der Schneiderin kam, angezeigt und auch bestraft worden ist. Außerdem entpuppte sich der Herr als guter Finanzpolitiker, denn er sagte allen Ernstes, daß durch vermehrte Anzeigen und Strafgelder unsere Finanzen gebessert würden. Ob dieser Bekenntnisse wurde der Herr — nebenbei bemerkt Vertreter der dritten Wählerklasse — vom Genossen Münzer gehörig abgeschüttelt. Die zweite interessierende Vorlage betraf die Zahlung eines Architektenhonorars. Die Sache hat die Stadtväter schon wiederholt beschäftigt. Für die Anfertigung einer Skizze für einen Amtsgerichtsneubau sind in früherer Zeit 300 Mk. von den Stadtverordneten bewilligt worden. Die Arbeit selbst kostete aber 562 Mk., so daß eigentlich noch 262 Mk. nachzubewilligen gewesen wären. In früheren Sitzungen stritt man über die Berechtigung der Auftragerteilung und lehnte schließlich die nachzuzahlende Summe verschiedene Male ab. Nunmehr hat der Magistrat aus ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Summe von 562 Mk. gezahlt, ohne eine Nachbewilligung durch die Stadtverordneten herbeizuführen. Darob gab es bei den Stadtvätern Unwillen. Sie wollen sich das Etatsrecht nicht beschneiden lassen und gaben die Sache zur nochmaligen Prüfung dem Finanzausschuß zurück.

— Höchstpreis für Eier. Auf Grund des § 1 des Gesetzes betr. Höchstpreise vom 4. August 1914 setzt der Kreisausschuß für den Kreis Delitzsch den Höchstpreis für Hühnereier beim Verkauf an die Verbraucher auf 20 Pf. das Stück fest. Die Festsetzung findet keine Anwendung auf Eier, die nachweislich aus dem Auslande eingeführt worden sind. Der festgesetzte Preis ist Höchstpreis im Sinne des Gesetzes.

— Einen starken Wildabschuß will der Landrat endlich veranlassen, indem er bekannt macht: Zur Verhütung von Wildschaden an den Feldfrüchten und zur Auffüllung der knappen Fleischvorräte ist ein reichlicher Abschuß des Wildes dringend erforderlich. Ich ersuche die Jagdberechtigten, möglichst viel Wild abzuschießen und die erlegten Tiere zum Verkauf zu bringen. Sollte trotzdem in einzelnen Gemeinden Wildschaden festgestellt werden, so haben mir die Ortsbehörden sofort zu berichten, damit wegen Abschusses des Wildes die nötigen Anordnungen getroffen werden können.

Eilenburg. „Aus dem Regen in die Traufe" ist die hiesige Einwohnerschaft bei der gegenwärtigen Regelung der Nahrungsmittelversorgung gekommen. Für die von 7 auf 6, und in dieser Woche auf gar nur 4 Pfund herabgeminderte Kartoffelmenge für die Person ist das mehrgewährte Pfund Brot ein völlig ungenügender Ausgleich. So verschlimmern sich die Zustände, was auf der einen Seite gegeben wird, muß auf der anderen doppelt und dreifach wieder genommen werden, wodurch der Bevölkerung die Aufgabe des „Durchhaltens" erschwert wird. Daß der Appell der Behörde an die Landwirtschaft und private Haushaltungen, überschüssige Kartoffelvorräte an Händler oder Mangel leitende Haushalte abzugeben, von Erfolg sein könnte, glaubt wohl keiner. — Was will dieser unerträglichen Verbrauchseinschränkung gegenüber das Viertel Pfund Grieß und das gleiche Quantum Graupen bedeuten, das für jede Person diese Woche zum Preise von 45 bezw. 40 Pfennig für das Pfund zur Verteilung gelangt? — Die mit (a) für Grieß und mit (b) für Graupen gezeichneten Bezugsscheine kommen am heutigen Montag mit den Brotkarten zur Ausgabe, womit auch noch die Aenderung in Kraft tritt, daß auf den einzelnen Abschnitt der Brotkarte anstatt 70, 75 Gramm Mehl erhältlich sind. Nunmehr ist vom Landrat auch die Verfügung bez. der Höchstpreis für Eier veröffentlicht, die ein Beschluß des Kreistages auf 20 Pfennig für das Stück festgelegt hat.

Wansleben. Kartoffelnot. In einem Orte von einem Dutzend Groß- und Kleinbauern sollte man es nicht für möglich halten, daß eine so große Kartoffelnot eintreten könnte wie hier. Seit einer Woche ist ein Teil der arbeitenden Bevölkerung ohne jede Kartoffel. Alle Beschwerden beim Ortsvorsteher, der selbst Bauer ist, helfen nichts. Der Herr weist die Frauen zu anderen Bauern, aber alle diese „armen" Leute haben nur Kartoffeln für ihren eigenen Bedarf. Nach Angaben des Landrats müssen hier aber noch Kartoffeln vorhanden sein. Es ist dringend notwendig, daß die noch vorhandenen Kartoffelbestände bei den Bauern beschlagnahmt werden, damit die Not etwas gelindert wird. Der Gemeindeverwaltung wäre zu empfehlen, sich an der Kartoffelversorgung der Gemeinde Oberröblingen ein Beispiel zu nehmen, dort haben die Einwohner stets billigere Kartoffeln gehabt als hier.

— Die Fleischverteilung ist noch immer nicht geregelt, und vier bis fünf Stunden lang stehen die Arbeiterfrauen vor den Läden, aber nur Arbeiterfrauen, das sogenannte bessere Publikum braucht das nicht. Die Sprechstunden beim Ortsvorsteher sind teilweise von 2 bis 3 und von 4 bis 6 Uhr. Arbeiter, die erst um 7 Uhr nach Hause kommen und sich über solche Vorgänge beschweren wollen, haben gar keine Möglichkeit, mit dem Ortsvorsteher sprechen zu können. Eine Stunde am Sonntag müßte er doch wohl frei zu machen sein.

Hettstedt. Schwerer Unglücksfall bei der Arbeit. Sonnabend morgen geriet auf den Niewandt-Schächten die Frau Anna Spengler mit einem Bein zwischen zwei Gondeln und zog sich am Unterschenkel ziemlich ernste Verletzungen zu. Sie wurde im Knappschaftskrankenhause verbunden.

Wittenberg. Um der Wohnungsnot, die am 1. Juli in verstärktem Maße droht, zu begegnen, erläßt der Magistrat einen energischen Aufruf, der sich im wesentlichen mit dem bereits in der letzten Stadtverordnetensitzung vom Zweiten Bürgermeister Dr. Thelemann Gesagten deckt. Der Magistrat erklärt: „Bei der jetzigen Lage des Wohnungsmarktes in Wittenberg muß die Vornahme von Mietssteigerungen und Auskündigungen als eine Härte bezeichnet werden, die geeignet ist, behördliche Eingriffe herbeizuführen. Zur Erhaltung geregelter Verhältnisse darf erwartet werden, daß zum bevorstehenden Vierteljahrstermine derartige Maßnahmen der Hauseigentümer gänzlich unterbleiben. Diese Mahnung richtet sich an jeden einzelnen Beteiligten."

Auch den höheren Angeboten von Mietszahlungen der von auswärts Zuziehenden soll keine Folge gegeben werden, da dadurch natürlich einheimische Familien verdrängt werden würden. Somit wäre also doch Wahrheit geworden, was der Mieterverein in seiner ersten Versammlung forderte. Der Verein hat bekanntlich in einer Resolution das Generalkommando, dahin zu wirken, daß Mietssteigerungen nur im äußersten Notfalle stattfinden dürften. Das Generalkommando lehnte seinerzeit ab. Nun hat man, durch das Verhalten einer Reihe von Hausbesitzern, die den eigenen Vorteil über das Allgemeinwohl stellten, und durch die immer mehr drängende Wohnungsnot veranlaßt, dennoch jene Resolution verwirklicht.

— Einen Nachklang zur letzten Stadtverordnetenversammlung löste eine Bemerkung des Stadtv. Gerischer aus, der gelegentlich der Besprechung über die Nachbewilligung zum Krankenhaus-Etat bemängelte, daß sich jetzt jeder Kranke Arzt und Krankenhaus selbst zu wählen scheine. Eine Antwort des San.-Rats Dr. Krüger war wegen der kurzen Wiedergabe nicht ganz sinngemäß, und so veröffentlicht letzterer jetzt eine längere Erklärung, in der er das Recht der Kranken betont, sich angesichts der hier herrschenden freien Arztwahl Arzt und Krankenhaus selbst zu wählen. Die Verteilung der Kranken der Ortskrankenkassen ist allerdings sehr ungleichmäßig, was wohl mit zeitweiliger Ueberfüllung des einen oder anderen unserer beiden Krankenhäuser zusammenhängen mag; augenblicklich hat die Ortskrankenkasse I im Paul-Gerhardt-Stift mehr Kranke als im städtischen Krankenhause.

— Ein städtisches Sorgenkind. Das Wittenberger Melanchthon-Gymnasium wurde mit einer feierlichen Veranstaltung auf den Staat übernommen. Mit der Uebernahme dieser Schule beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte des Gymnasiums, das seit Jahren als Sorgenkind der Stadt galt und trotz ausgezeichneter Lehrkräfte zu keiner rechten Blüte und Beliebtheit kommen konnte. Von einem großen Teile der „besseren" Bürger wurden die Knaben bisher in die höheren Lehranstalten von Koswig und Bitterfeld geschickt.

Herzberg. Von der Kriegsküche. Die angesetzte Eröffnung der Kriegsküche kann erst am Donnerstag, den 29. d. Mts., erfolgen. Das Nähere wird noch rechtzeitig bekanntgemacht werden.

Kösen. Zu dem Großfeuer im Kurhaus Mutiger Ritter in Bad Kösen wird noch gemeldet: Der Schaden dürfte schätzungsweise etwa 800 000 Mark betragen, ist aber durch Versicherung gedeckt. Einer im Kurhause wohnenden Dame sollen u. a. Schmucksachen im Werte von 30 000 Mark verbrannt sein. Da das Treppenhaus im neuen Hause zuerst vom Feuer ergriffen wurde, mußten sich die zahlreichen Bewohner desselben mit zusammengebundenen Tüchern durch die Fenster retten.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Allerlei Paul Hennig; Halle und Saalkreis, Aus der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Walhalla-Theater ½9 Uhr.
Neuheit! Heute zum 1. Mal: Neuheit!
„Gestern noch auf stolzen Rossen . . ."
Schauspiel in 5 Akten von Erich Friesen.
Unwiderruflich nur 5 Aufführungen.
In Leipzig 52 ausverkaufte Häuser. 1081

Volkspark Burgstr. 27.
Morgen, Dienstag, 27. Juni, abds. 8½ Uhr:
Grosser Bunter Abend mit Freilichtspielen
NB. Bei ungünstiger Witterung finden die Aufführungen im unteren Saale statt. 1079
Programme sind an den bekanntgegebenen Stellen und an der Kasse noch zu haben. Die Geschäftsleitung.

Pfälzer Schiessgraben
Täglich: Gr. Frei-Konzert. 807
Ergebenst ladet ein Karl Henkelmann.

Konsumverein f. Weinböhla u. Umg.
Die Markenabgabe für das Geschäftsjahr 1915/16 erfolgt nur in der Zeit vom 1. bis 15. Juli in der Verkaufsstelle Elsterwerda während der Geschäftszeit mit Ausnahme Sonnabends. Später eingehende Marken können nicht mehr abgenommen werden, verlieren somit ihre Gültigkeit. *330

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Trugt Dauerwäsche Marke „Waschbär"! Kl. Berlin 2, 1 Tr. 505

Burg-Theater. Habe einen größeren Geldschein gefunden. Abzuholen Adolfstrasse 3. 1083

„Nordsee"

Große Ulrichstraße 58, Telephone: 1274 und 1275. 1082
Zum fleischlosen Tage trifft ein:
Prima Angelschellfisch Pfd. 110 Pf.
Prima Makrelen . . . . . Pfund 95 Pf.
Gesalzene Stinte zum Kochen und Marinieren, Pfund 38 Pf.
Ferner billigst:
Echte Kieler Schleibückling . . . . Stück 25 Pf.
ff. geräucherte Lachsheringe, Stck. 39 u. 48 Pf.
ff. geräucherte Makrelen . . . . . . Stück 50 Pf.

Bad Wittekind.
Dienstag den 27. Juni 1916, nachmittags 3½ Uhr:
Kur-Konzert vom Stadttheater-Orchester.
Leitung: Kapellmeister Karl Nöhren. 1080
Eintrittspreis 35 Pfg. pro Person.

Dauerhafte **Markttaschen,** mit starken Lederriemen, 2.50 3.— 3.50. 1084
C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90. Mitglied d. R.-Sp.-Vereins.

Parteischriften empfiehlt: Volksbuchhandlg.

Arbeitsmarkt

Für unseren erkrankten **Buchdruck-Maschinenmeister** suchen wir vorläufig **Aushilfe,** eventl. stundenweise Ersatz.
Hallische Spielkarten-Fabrik. 1078

Arbeiter suchen zum Ausladen von Wolle auf Bahnhof Ammendorf bei gutem Lohn Otto Westphal G. m. b. H., Kontor Halle a. d. S., *331 Ankerstraße 15.

*78 Wir suchen **Kesselschmiede und 1 Werkzeugschlosser** für dauernde Beschäftigung.
Landsberger Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft, Landsberg, Bezirk Halle a. d. S.

Schulbücher aller Art
Tafeln, Schiefer, Federkästen, Bleie, Zeichenblocks, Zeichenständer, Tornister usw.
Zu beziehen durch die Volks-Buchhandlung Halle a. d. S., Harz 42/44.

Ton-**Butterkühler,** 1084
hält die Butter ohne Eis frisch und schmackhaft, Mk. 1.20.
C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90. Mitglied des R.-Sp.-Vereins.

Zum Quartalwechsel

ersuchen wir unsere

Leser im Felde

oder deren Angehörige, sofern durch sie die Zahlung erfolgt, um rechtzeitige

Erneuerung des Abonnements

durch Zahlung von **80 Pfg. monatlich.** Man sende den Betrag in Briefmarken direkt an uns oder mittels Zahlkarte auf die Nr. 16105 an das Postscheckamt in Leipzig. Zahlkarten sind portofrei und an jedem Postamt erhältlich.

Die Zustellung erfolgt sodann ohne weitere Unkosten täglich direkt durch unsere Expedition.

Für Adressenänderungen oder Neubestellungen benutze man den hier folgenden Vordruck, der auf den Zahlkartenabschnitt aufgeklebt werden kann.

Verlag Volksblatt G. m. b. H., Halle.

______ Armeekorps	______ Kompagnie
______ Division	______ Eskadron
______ Brigade	______ Batterie
______ -Regiment Nr.	______ Kolonne
Bes. Formation ______	______ Bataillon
S. M. Schiff ______	Geschwader ______

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160626-18/fragment/page=0004

Halle, 25. Juni.

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 147 — 1916

45]

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schücking.

„Ich glaube das," versetzte die Gräfin, „auch der Großherzog hatte die Gnade, mich über meine Zukunft in dieser Beziehung zu beruhigen; aber sehen Sie, mein Herr, ich habe Mitleiden mit dem jungen Manne, ein tiefes aufrichtiges Mitgefühl — und," fuhr sie fort, indem sie leicht errötend niederblickte, „ich möchte dieser Teilnahme einen Ausdruck geben, ich möchte etwas tun, um seine Zukunft sicherzustellen. Vielleicht wäre ihm geholfen, wenn ich ihm die Verwaltung meines Gutes übertrüge. Wenn ich mich entschließen sollte, das Gut selbst zu bewohnen, bedarf ich ja auch dringend eines Geschäftsführers und Beirats; — aber Sie sehen ein, daß ich nicht diejenige sein kann, welche ihm mit solchen Anträgen entgegenkommt. Es wäre möglich, daß er sie zurückweise; und solange er Hoffnungen hegt, das Gut wiederzuerhalten, würde er mein Wohlwollen ohne Zweifel zurückweisen."

„Ich verstehe," fiel Monsieur Ermanns ein, es würde zunächst zum Heile dieses jungen Herrn dienen, wenn man ihm klar machte, daß er sich keinen Illusionen hingeben dürfe."

„Und aus dem Munde eines bewährten Geschäftsmannes kommend, würden solche Versicherungen ihm einen tieferen Eindruck machen," sagte die Gräfin.

„Deshalb wünschen Sie, Madame, daß ich ihm die Hoffnungslosigkeit seiner Lage auseinandersetzen soll."

„Das ist es, was ich von Ihnen zu erbitten wage, Monsieur," fiel Madame Henriette ein. „Aber wir wollen es nicht Hoffnungslosigkeit nennen, weil ich die besten Absichten für ihn habe Es käme nur auf ihn an, ob er diese annehmen, ob er meine Hilfe nachsuchen würde!"

Um Monsieur Ermanns Lippen spielte ein ironisches Lächeln. Er schwieg einen Augenblick — gerade so lange, um eine kleine Betrachtung über die Schwächen weiblicher Natur anzustellen und sich im stillen zu sagen. Madame Henriette sehne sich bereits nach einem Tröster in ihrer hilfebedürftigen Witwenschaft und drapiere diese leise Sehnsucht vor sich selbst und vor anderen in das Gewand der rührendsten Güte und der uneigennützigsten Besorgnis um das Schicksal des jungen Mannes.

„Madame," sagte er dann, „der junge Mann, von dem wir reden, müßte sehr verhärtet sein, wenn er nicht tief bewegt würde durch solche Gesinnungen, wie Sie sie eben aussprachen. Allein ob er anehmen würde was Ihre Güte ihm bieten könnte, ist sehr die Frage. Denn was seine Hilfslosigkeit angeht, so kann diese nicht groß sein, wie Sie voraussetzen. Er hat sich den Ritterhausen zum Opfer bringen wollen, und diese Leute, welche sehr wohlhabend sind, werden für einen solchen Heroismus dankbar sein . . ."

„Nun ja," versetzte die Gräfin, „sie könnten ihm eine Zuflucht bei sich bieten, ihm Geld zur Verfügung stellen; aber, wie ich ihn kenne, würde er solche Wohltaten anzunehmen Bedenken tragen. Er würde zu stolz sein. Etwas anderes ist, was ich ihm zu gewähren bereit bin — es beweist ihm nicht allein ein Vertrauen, sondern es fordert auch Dienste, es nimmt seine Zeit und Tätigkeit in Anspruch und deshalb kann seine Ehre sich nicht davon verletzt fühlen!"

„Madame," antwortete der Polizeibeamte, „ganz gewiß ist dies außerordentlich richtig bemerkt. Allein es walten hier besondere Umstände ob, welche mich glauben lassen, daß Richard von Huckarde mehr als geneigt ist, aus den Händen der Ritterhausen nicht nur eine Unterstützung, sondern alles, was sie besitzen, anzunehmen."

„Wie verstehe ich das?"

„Nun, meine Gnädigste, was ich damit andeuten will, würde Ihnen nicht dunkel sein, wenn Sie, wie ich, Zeuge der Begegnung zwischen Herrn von Huckarde und Mademoiselle Sibylle Ritterhausen gewesen wären. Diese Begegnung nämlich war äußerst leidenschaftlicher Natur."

„Sie lieben sich?" fragte die kleine Gräfin, lebhaft auffahrend.

„Sie lagen einander in den Armen, Brust an Brust gepreßt," ergänzte Ermanns.

Gräfin Henriette antwortete nicht auf diese Mitteilung, welche sie sehr zu überraschen schien. In ihren Mienen jedoch glaubte Monsieur Ermanns den Ausdruck einer außerordentlich großen und schmerzhaften Enttäuschung zu ertappen.

Arme Frau, dachte er dabei, nicht ohne einen Anflug inneren Spottes — arme Frau — dir stürzt ein Luftschloß ein! Es war freilich etwas voreilig aufgebaut! Aber was soll man da machen? Dein Mann hat es nicht um dich verdient, daß du ihm lange nachtrauerst!

„Mein Gott," sagte Madame Henriette seufzend nach einer langen Pause, „so bin ich wieder ratlos! Was soll ich nun mit meinem Gute machen! Wie soll ich es verwalten lassen, ohne daß man mich beraubt und bestiehlt! Ich bin unerfahren wie ein Kind in solchen Dingen!"

„Da Sie Ihr Gut doch wohl selbst bewohnen wollen, Madame," versetzte Ermanns, „so werden Sie bald so viel Erfahrung gewinnen, um mit einem nur halbwegs treuen Verwalter an Ihrer Seite sich selbst helfen zu können. Das eigene Interesse ist ein guter Lehrmeister."

„Ich sollte das Gut selbst bewohnen?" rief hier Madame Henriette aus. „In dem fremden, garstigen, kalten Lande, wo ich niemand zum Freunde habe, niemand kenne, nicht einmal die Sprache der Menschen recht verstehe? Da soll ich das Haus beziehen, worin man meinen armen Mann soeben ermordet hat? Welche Voraussetzung, welche Zumutung, mein Herr!"

„Ihre Worte von vorhin ließen mich diese Voraussetzung machen. Es Ihnen zuzumuten, bin ich weit entfernt! Ich würde im Gegenteil mich sehr wundern, wenn Sie nicht den schönen sonnigen Süden, der Ihre Heimat ist, wieder aufsuchten!"

„O gewiß, gewiß, sobald es mir irgend möglich ist!"

„Sie müssen dann das Gut verkaufen," sagte Ermanns.

„Wenn sich eine Gelegenheit bietet, will ich das in der Tat."

„Eine Gelegenheit? Daran scheint es mir nicht zu fehlen."

„Ohne daß ich die Hälfte des Wertes einbüße?" fiel die Gräfin verdrießlich ein.

„Ohne daß Sie einbüßen. Ich müßte mich sehr täuschen, wenn ich Ihnen nicht einen Käufer noch heute beschaffte, der den ganzen Wert und noch etwas mehr dafür zahlt."

„Und wer wäre das?"

„Ritterhausen."

„Sie glauben?"

„Ich glaube nicht, ich bin dessen gewiß."

„Aber warum?"

„Nun, weil man ihm die Alternative stellen kann: entweder du kaufst oder wir beginnen den Prozeß gegen dich, mit dem schon der Graf von Epaville dich bedrohte — wir entreiden dich von deinem Hammer. Sie erinnern sich des Briefes, den der Graf an Ritterhausen schrieb und von dem ich Ihnen sprach . . ."

„Ich erinnere mich sehr wohl — und Ihre Idee scheint mir gut. Wollen Sie die Vermittlung übernehmen?"

„Mit dem größten Vergnügen. Ich gehe, Ritterhausen die Niederschlagung der Untersuchung anzukündigen. Es wird ihn dies von vornherein in eine gute Stimmung versetzen. Zu gleicher Zeit werde ich ihm dann die ersten Eröffnungen machen — natürlich nicht geradezu, sondern mit diplomatischer Wendung — und ich bin überzeugt, ich werde das Glück haben, Ihre volle Zufriedenheit zu verdienen. Wenn Sie, meine Gnädigste, dagegen die Huld haben wollen, meine guten Dienste dem Großherzoge zu rühmen — ihm die Berücksichtigung meines Eifers in meiner Amtstätigkeit etwas ans Herz zu legen . . ."

„O, seien Sie dessen versichert . . ."

„So fordere ich keinen weiteren Lohn. Also ich habe Ihre Vollmacht?"

„Die haben Sie — das heißt vorläufig zur Unterhandlung!"

„Natürlich — mehr bedarf es für jetzt noch nicht!"

Monsieur Ermanns stand auf und beurlaubte sich augenblicklich bei der Gräfin. Er eilte heimzukommen und sein Mittagsmahl einzunehmen; dann ließ er seinen Wagen vorfahren und begab sich nach dem Rheider Hammer.

Auf dem Hammer fand er Ritterhausen in so guter und heiterer Stimmung, wie der gichtleidende Mann sie wohl lange nicht gezeigt hatte. Man hatte die Verfolgung gegen ihn fallen lassen, das hatte er bereits aus dem Abzuge der Polizeiwächter, die sein Haus besetzt gehalten, schließen können; er hatte auch schon vernommen, daß Richard von Huckardes Selbstanklage am gestrigen Tage auf der Burg durch das Zeugnis der Gräfin von Epaville sich in Nichts aufgelöst hatte. Wie Sibyllens Herz um Zentnerlasten erleichtert war und freudig schlug, das brauchen wir nicht zu schildern. Sie schrieb eben einen von Dankbarkeit und Freude überströmenden Brief an Richard, als Monsieur Ermanns eintrat.

Der letztere zeigte etwas weniger von der gemütlichen Ruhe und Sicherheit, womit er sonst zu erscheinen pflegte. Er war nicht ganz beruhigt über den Empfang, den er finden würde.

„Ich komme, mein Herr Ritterhausen," sagte er, „um Ihnen Glück zu wünschen. Es hat mich gedrängt, selbst und augenblicklich Ihnen die Mitteilung von dem Beschlusse des Untersuchungsgerichts, der Sie außer Verfolgung setzt, zu überbringen . . ."

„Das ist um so dankenswerter," erwiderte Ritterhausen spöttisch, „weil Sie durch diese Mitteilung selbst eingestehen, daß Sie durch einen ungerechten Verdacht ehrliche Leute schikaniert haben!"

„Nun, mein lieber Herr Ritterhausen, der Verdacht war ungerecht, und niemand ist froher darüber als ich — aber er war so natürlich, daß selbst ein so harmloser Mensch und schlechter Polizeibeamter wie ich ihn fassen mußte."

„Streiten wir nicht darüber," antwortete der Hammerbesitzer, „ob er natürlich war . . . oder abscheulich, empörend! Wir wollen annehmen, daß Sie eben nur Ihre Pflicht getan, und nun erzählen Sie uns . . ."

(Fortsetzung folgt.)

Felderfahrungen.

Von dem Gefühls- und Stimmungsleben der Soldaten.

....., 15. Juni 1916.

Der Krieg schraubt die Ansprüche an die Körperliche, geistige und seelische Leistungsfähigkeit der Menschen hinauf. Zu unserem Erstaunen gewahrten wir auch, daß die Gebote des Krieges in den Soldaten Kräfte und Fähigkeiten entstehen lassen, die über die bisher gewohnten Grenzen weit hinausragen. Er vollbringt Leistungen und erträgt Entbehrungen, die man kaum für möglich gehalten hat.

Die Häufung von Gefahren, Hindernissen und Lebenserschwerungen im Kriege unterwirft auch die Seele schweren Belastungsproben. Die wechselnden Ereignisse stürzen den Menschen von den Höhen der Erwartungen und Hoffnungen in die Tiefen banger Befürchtungen. Im Sturm der Nervenreizungen, Stimmungen und seelischen Erregungen, von den verschiedenen Sinneseindrücken in Gefahr und Kampfgewühl aufgepeitscht, bedarf der Mensch Riesenkräfte, um nicht zusammenzubrechen. Nicht ganz wenige werden von den auf sie einstürmenden Wogen der Empfindungen hilflos, ohne inneren Halt hin und her geschleudert. Die Nerven versagen, die feinen Fäden der Willens- und Stimmungsleitung erschlaffen, sie versagen den Dienst. Ueber die Seele legt sich ein verdunkelnder Schleier, Gedanken, Vorstellungen und Empfindungen verlieren sich in den Irrgärten der aufgeregten Phantasie. Der Krieg hebt auch die Seelen durch Drahtzäune und Verhaue verwundet hinein. Robuste Naturen überstehen solche Leiden, empfinden sie kaum, andere fühlen sich zerrissen, tragen lange oder gar dauernd an den Folgen. Der eine Mensch nimmt den Krieg als etwas Unabänderliches hin, als ein Naturereignis, der andere als ein Unglück, das menschliche Unvernunft gebar, der dritte betrachtet ihn mehr als die Gelegenheit, sein Können zu zeigen, die Nützlichkeit, Notwendigkeit und Tüchtigkeit der ganzen kriegerischen Vorbereitung erkennen zu lassen. Gedanken und Ursachen und Sinn des Krieges treten dabei mehr oder weniger in den Hintergrund. Dieser überläßt sich im stolzen Gefühl seiner Leistungen und seines Vollbringens, ganz dem Hochgefühl des erhebenden Bewußtseins, ein tüchtiger Kerl zu sein. Er fühlt sich als Held und Retter des Vaterlandes. Jener, den widerstreitende Gefühle hin und her wirbeln, sucht sich wohl vor sich selber zu retten. Aus seinem Innern dringen Töne an das Ohr seines Gewissens, die ihn mahnend fragen, ob denn alles gut und schön sei, was er beginne.

Trotz der Verschiedenheit in den feineren seelischen Regungen, deren Quellen, Anlage, Auffassung und Erziehung bilden, gibt es doch einige allgemeine Stimmungen bei den Soldaten als unmittelbarer Ausdruck starken Erlebens. Als ich im August 1914 meine Kriegsfahrt nach dem Osten begann, übten die Siegesnachrichten aus Frankreich einen starken Einfluß auf die allgemeine Stimmung aus. Man jubelte über die schnellen Entscheidungen. Schon sah man den Krieg beendet und für Deutschland gewonnen. Wenn es mit dem Vormarsch so weiter geht, dann, so hieß es, gibt es in wenigen Wochen Frieden. Und wohl in jedem regte sich etwas Stolz in dem Bewußtsein, einem Volke anzugehören, das sich so tüchtig und leistungsfähig erweist. Dann wieder nahm in stärkerem Maße Flüchtlingsjammer und -elend die Aufmerksamkeit und das Mitgefühl in Anspruch. Eine Schattenseite des Krieges zeigte sich. Zorn und Empörung wurde lebendig. Man verwünschte die Menschen, die man als Veranlasser des Krieges betrachtete. Die Nachrichten von dem weiteren Vorbringen der Russen und die Gerüchte von Greueltaten, die sie begingen, erhöhten die Stimmung des Unwillens und der Niedergeschlagenheit. Dann kamen die Tage von Tannenberg, die unerwarteten Siege, die Flucht der Russen. Der Erfolg steigerte das Selbstgefühl; Siegesstimmung bemächtigte sich der Soldaten. Nie hörte ich marschierende Truppen begeisternder singen als in diesen Tagen. Nun war man auch der Russen trotz ihrer zahlenmäßigen Ueberlegenheit Herr geworden; nun war auch die Russengefahr gebannt. Doch nicht lange und nicht ungetrübt gab man sich der Freude und dem Hochgefühl über die Siege hin. Der Wettermarsch führte durch verwüstete Ortschaften, man sah die Spuren sinnlosen Zerstörens, hörte Schauergeschichten über das Verhalten der Russen. Die tollsten und unsinnigsten Gerüchte fanden Glauben. Haß und Rachegefühle quollen auf, wurden die herrschenden Gefühle bei vielen Soldaten. Große Verwundetentransporte steigerten das Uebelwollen gegenüber den Russen. In Worten und Gebärden, in der Unterhaltung und gegen Gefangene kam die Stimmung zum Ausdruck. Die Verfolgung der Russen über die deutsche Grenze hinaus verstärkte das Siegergefühl und das Selbstbewußtsein noch, hinwieder wirkten dämpfend und schwächend die dabei erforderlichen Anstrengungen und Entbehrungen, mit denen der Soldat sich abfinden mußte. Der sodann folgende Rückzug und der erneute Einmarsch der Russen konnte die Stimmung der Deutschen nicht heben, aber das Gefühl der Ueberlegenheit blieb. Schon damals konnte man etwas von einem Stimmungsumschwunge wahrnehmen. Der Kosak galt noch als Ausbund aller Schlechtigkeit und Gemeinheit. Im übrigen empfand man schon Mitleid mit den armen, unwissenden, verhetzten Russen. Man glaubte nicht mehr, daß er ein roher, mord- und plündergieriger Mensch, ein wildes Tier sei, man betrachtete ihn vielmehr als das willenlose Opfer russischer Barbarei und russischer Eroberungsgelüste. Der Haß schwand.

Die gemeinsamen Leistungen, Erfolge, Gefahren, das ganze gemeinschaftliche Leben hatte schon ein starkes Gefühl der Zusammengehörigkeit und Kameradschaft herauswachsen lassen. Im Stellungskriege wurde es weiter gehegt und gepflegt. Politische Gegensätze machten sich bemerkbar. Wie wir damals Genossen versicherten, war es oft selbst im Kreise von Landsmannschaften fast verpönt, über Fragen der Weltanschauung, der Politik und wirtschaftlichen Verhältnisse zu sprechen. Mancher mußte seine Ueberzeugung im Schrein der Schweigsamkeit hüten, um nicht bei den Kameraden anzustoßen. Das nationalistische Gefühl übertönte alle anderen Interessen. Je länger der Krieg dauerte, um so stärker und lebendiger wurden die mit der Heimat verbindenden Gedanken und Wünsche. Das Verlangen wuchs, durch das Lesen von Zeitungen und durch Unterhaltung mit Gleichgesinnten die zerrissenen Fäden der Verständigung des gleichen Strebens und Wollens wieder zusammenzuknüpfen. Dann wirbelte längere Zeit hindurch die Winterschlacht die Menschen wieder durcheinander. Gefecht und Vormarsch wechselten ab. Unerhörte Leistungen wurden den Truppen zugemutet. Unglaubliches wurde vollbracht. Siegreich drangen die deutschen Truppen vor. Die Erfolge kosteten Mühe und Blut. Aber wiederum hatte man auch das Gefühl der Ueberlegenheit, der größeren Tüchtigkeit des Einzelnen. Das Selbstgefühl bekam neue Nahrung: wir sind die Träger des Geschehens, wir die Sieger, wir die Retter Deutschlands, wir setzten Leben und Gesundheit ein, wir zerschlagen die Pläne der Gegner Deutschlands. Das war das Gefühl, das die Masse beherrschte, das aus vielen Unterhaltungen herausklang.

Monatelang blieben die Truppen in Bewegung. Aus strategischen und taktischen Gründen wurden die Verbände auseinandergerissen, die einzelnen Teile hin- und hergeschoben. Manche Soldaten haben auf allen Kriegsschauplätzen gekämpft. Ueberall ertrugen sie Mühe und Leiden, überall sahen sie Not und Jammer, überall waren sie Zeugen der Verwüstung, die des Krieges Toben anrichtete. Wer an diesem Verwüsten und Kulturzerstören vorübergeht, nicht an Frieden denkt, ihn zu verhindern sucht, der handelt verbrecherisch an der Menschheit, kann man mit dem deutschen Reichskanzler sagen.

Im Stellungskrieg, in dem Hasten und Jagen, bei den andauernden Märschen, Vorbereitungen, Gefechten, dem Wetterstürmen kamen die Soldaten kaum zur Besinnung. Der kriegerische Betrieb, kaum von kurzen Pausen unterbrochen, nahm den ganzen Menschen in Anspruch. Aber er erzeugte eine Stimmung von Uebersättigung von diesem Treiben. Wer sollte heute noch irgendwelche Lust und Freude am Kriege haben? Kein Volk ist so raub- und mordgierig, so sinnlos zerstörungswütig, daß es nicht den Frieden ersehnte. Und im langandauernden Stellungskriege besinnen sich die Menschen noch mehr auf das Vernünftige. Die Sehnsucht nach der Heimat, nach richtiger Berufs- und Kulturarbeit, nach dem Familienleben und geordneten Friedensverhältnissen gewinnt die Oberhand. Aber der Friede solle erkämpft, nicht erbeten werden. Nicht bedingungslos könne man die Waffen niederlegen. Ein dauernder Friede soll des Ringens, der Mühe und Opfer Preis sein! Nicht umsonst sollte Deutschland gekämpft, gelitten und geopfert haben.

Wilhelm Düwell.

Kleines Feuilleton.

Besitzen die inneren Organe Empfindungsnerven?

Ein Streit, der die medizinischen Gelehrten während der ersten Jahre dieses Jahrhunderts lebhaft beschäftigt hat, ist der nach der Empfindlichkeit der inneren Organe. Können diese Organe Schmerzen fühlen oder sind sie nicht mit Empfindungsnerven ausgestattet? Eine ganze Reihe von Beobachtungen lieferten zu diesem Problem einander scheinbar widersprechende Antworten. Schon die Erfahrungen des täglichen Lebens tun dies. Wir wissen, daß die inneren Organe: das Herz, die Lungen, der Magen, der Darm, ziemlich lebhafte Bewegungen ausführen. Trotzdem merken wir gewöhnlich von diesen Bewegungen nichts. Andererseits kennt wohl jeder die Schmerz- oder Druckgefühle bei überladenem Magen, die reißenden Schmerzen bei Darmkoliken; auch der Leber- oder Nierenleidende weiß ein Lied von schlimmen Schmerzen innerer Organe zu singen. Bei Operationen nun, die unter örtlicher Narkose durchgeführt wurden, bei denen also die Patienten bei vollem Bewußtsein waren und auf an sie gestellte Fragen Bescheid geben konnten, fiel es auf, wie wenig man von der narkotisierenden Lösung einzuspritzen brauchte, wenn man sich den inneren Organen näherte. So empfindlich die Bauchdecken und das Bauchfell gegen Eingriffe, so unempfindlich scheinen die Eingeweide und andere innere Organe zu sein. Der schwedische Chirurg Leunander hat darauf die Lehre aufgebaut, daß die inneren Organe keine Empfindungsnerven besitzen, daß sie nur mit motorischen, die Bewegung regelnden Nerven versehen sind. Für die offenkundige Tatsache, daß wir doch bei Erkrankungen innerer Organe häufig die heftigsten Schmerzen leiden müssen, gab Leunander die Erklärung, daß diese Schmerzen durch einen Druck der erkrankten Organe auf das ja sehr empfindliche Bauchfell erzeugt würden, eine Erklärung, die jedenfalls recht erzwungen erschien.

Wie Dr. Alfred Neumann in der Umschau mitteilt, sind nun die Experimente zur Erforschung der vorliegenden Frage fortgesetzt worden. Man hat den Tierversuch zu Hilfe genommen und hier gefunden, daß Tiere, die für die Dauer des Hautschnittes kurz narkotisiert wurden, später bei der Berührung der Eingeweide — Brennen, Schneiden, Quetschen — Schmerzen empfanden, die aber sofort aufhörten, wenn die Eingeweidenerven durchschnitten wurden. Auch manche Operierte empfanden besonders die in der Nähe der Blutgefäße vorgenommenen Eingriffe schmerzhaft. So hat man sich denn schließlich zu der Annahme gezwungen gesehen, daß die inneren Organe in gesundem Zustande so gut wie keine Empfindlichkeit besitzen. Daher fühlen wir auch ihre stete Arbeit im Körper kaum. (Der Hypochonder, der stets in sein Inneres hineinhorcht, bringt es freilich auch zu einer gewissen Fähigkeit in der Beobachtung dieser inneren Funktionen.) Auch bei Operationen, bei denen gesunde Organe getroffen werden, ist die Empfindlichkeit meist nicht groß, wozu noch kommt, daß diese Empfindlichkeit vermutlich auch schon durch die Abkühlung dieser Teile durch die hinzutretende Luft herabgesetzt wird. Ist dagegen das Organ erkrankt, so wächst seine Empfindlichkeit, wie z. B. auch die äußere Haut bei entzündlichen Prozessen (Furunkel usw.) auch weit empfindlicher ist als im gesunden Zustande. Es bilden sich keine neuen Nerven, aber die Schmerzempfindlichkeit der alten steigert sich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160626-18/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, den 26. Juni 1916.

Stadtv. Prof. Finger zur Kriegsernährung der Kinder.

Aus dem Magistratsbureau ging uns folgendes Schreiben des Stadtv. Prof. Finger zu mit der Bitte, es in unserem Blatte zu veröffentlichen:

„Geehrte Redaktion! Aus einer großen Zahl von Kundgebungen der Zustimmung, welche ich aus Anlaß meiner Ausführungen in der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vom 16. Juni erhalten habe, will ich eine, weil sie von allgemeinem Interesse ist, mit Zustimmung des Absenders, des Herrn Königlichen Kreisarztes a. D. Geh. Medizinalrates Dr. Risel zur Kenntnis bringen."

Geh.-Rat Dr. Risel schreibt: Im Anschluß an Ihre Ausführungen in der letzten Stadtverordnetensitzung möchte ich nicht unterlassen, Ihnen meine Beobachtungen über den Ernährungszustand der zwölfjährigen Kinder mitzuteilen, die ich bei den Wiederimpfungen in zwei Mittel- und vier Volksschulen während des Mai und Juni d. Js. machte, und bei denen es sich etwa um 800 Kinder handelte. Ich habe überall den gleich guten Ernährungszustand wie in Friedenszeiten gesehen, gleichgültig, ob es sich um Mittel- oder um Volksschüler handelte. Dürftiger Ernährte fanden sich vielleicht unter den Kindern in der Schule an der Freiimfelder Straße häufiger, in deren Bezirk viel kleine Beamte der Eisenbahn usw. wohnen

Ganz anders waren die Verhältnisse vor etwa 15 oder 20 Jahren, als eine plötzlich eingetretene Arbeitsnot, namentlich in den großen Fabriken, den Arbeitsverdienst erheblich für Monate herabdrückte und einen großen Teil der Bevölkerung zum Darben zwang. Damals war der Unterschied des mageren Jahres im Vergleich zu den voraufgegangenen fetten Jahren an den zwölfjährigen Volksschülern sehr auffällig.

Damals setzte das Darben plötzlich ein: gegenwärtig hat es sich ganz allmählich eingestellt, und damit hat die Anpassungsfähigkeit des Organismus sich glänzend bewähren können.

Ich danke für die freundliche Veröffentlichung und empfehle mich mit dem Ausdruck meiner Hochachtung

Ihr ergebener Geheimrat Prof. Dr. Finger.

Wir hätten dieses Schreiben, wie die anderen Zeitungen, auch bereits am Sonnabend mitteilen können, haben es uns aber, da es sehr spät eintraf, zu heute aufgespart, weil wir doch noch einiges dazu zu sagen haben.

Zunächst ist die Auffassung des Geheimrats Risel durchaus subjektiv. Wenn ein Arzt sich vorstellt, daß er in der Kriegszeit wohl spindeldürre Kinderchen zu impfen haben wird, dann aber bei einem größeren Teile doch noch etwas Fleischansatz findet, so ist das Gefühl, daß die Ernährung etwas besser ist als man dachte, wohl zu erklären. Die gemachte Angabe kann bei einem Impfarzte nur eine gefühlsmäßige persönliche Meinung sein, eine objektive, wissenschaftliche Untersuchung lag jedenfalls nicht vor. Daß das Schreiben Gefühlsäußerungen wiedergibt, geht auch noch aus der näheren Betrachtung der Angaben hervor. Es wird da von einem gleich guten Ernährungszustande wie in Friedenszeiten gesprochen. Erstens ist ein Vergleichen nach einer zwei Jahre zurückliegenden, bloßen gedanklichen Erinnerung nicht stichhaltig — zum Vergleichen gehören hier Wiegen und Messungen —, und zweitens war ja, wie festgestellt ist, der Ernährungszustand in Friedenszeiten durchaus nicht gut, wie kann er da jetzt gleich gut sein. Die beamteten Schulärzte haben doch schon vor zwei Jahren Unterernährung, Bleichsucht und ähnliches als Massenerscheinung objektiv feststellen müssen. Herr Geheimrat Risel hätte also höchstens feststellen können, daß der Ernährungszustand gleich schlecht ist, und das würde ihm auch jeder Vater und jede Mutter bestätigen können. Mancher würde ihm aber auch beweisen, daß die Kinder tatsächlich noch schwächlicher sind als früher.

Danebengehauen ist auch die Bemerkung, daß der gute Ernährungszustand gilt, gleichgültig, ob es sich um Mittel- oder Volksschüler handelte. Hat doch die objektive wissenschaftliche Untersuchung längst festgestellt, daß Mittelschüler durchweg etwas besser ernährt sind wie Volksschüler, was ja auch jeder Laie weiß. Der schlechtere Ernährungszustand bei Volksschulkindern kann eben nicht bestritten werden! Auch von Professoren nicht!

Kommunale Lederversorgung.

Arbeiter und Kriegerfrauen haben jetzt in den bescheidenen Haushaltungsplan für das Schuhzeug der Familie einen früher nie geahnten Betrag einzusetzen. Die Preise für das Besohlen der Schuhe haben eine für die meisten Familien schier unerschwingliche Höhe erreicht. Welche Summen fallen für die Ernährung weg, wenn da ein Vater oder eine Mutter für sich und eine Reihe Kinder allmonatlich allein für Schuhzeug so hohe Summen auszugeben haben. Da muß etwas geschehen, denn daß solche Mißverhältnisse nicht zu sein brauchen, daß auch das Leder dem Wucher von heute unterliegt, das zeigen uns die oft unheimlich hohen Dividenden der Lederfabriken!

Es ist darum höchst erfreulich, daß sich eine deutsche Stadt, Karlsruhe, jetzt an den Deutschen Städtetag um Hilfe gewandt hat. Die Stadt Karlsruhe hatte sich zuerst selbst bemüht, die Lederversorgung der Bevölkerung und eine Ermäßigung der fabelhaften Lederpreise zu erreichen. Diese Bemühungen waren aber ohne Erfolg.

Es ist klar, daß hier eine große starke Organisation, wie sie der Deutsche Städtetag darstellt, etwas zu erreichen vermag und darum hat er die Pflicht, der Karlsruher Anregung Folge zu leisten. Es kann unmöglich so weiter gehen, daß den Lederspekulanten zuliebe Millionen von Menschen das Ernährungskonto in dieser schweren Zeit noch verkleinert wird. Auch darf es nicht sein, daß da alle möglichen Erkältungs-Krankheiten durch mangelhaftes Schuhzeug ins Volk getragen werden.

In dieser Beziehung läßt sich auch von den einzelnen Gemeinden bessernd vorgehen, indem sie den armen Schulkindern, die mit feuchten, kalten Schuhen zur Schule kommen, für die Zeit des Unterrichts warme Hausschuhe zur Benutzung geben. In einzelnen wenigen Gemeinden kennt man diese Einrichtung ja schon. Es wäre nur zu wünschen, wenn sie, vor allem noch bis zum nächsten naßkalten Herbstwetter, möglichst überall Aufnahme fände. Durch solch vereintes Vorgehen von Städten und Städtetag lassen sich die Gefahren, die mit der Ledernot für die Volksgesundheit verbunden sind, in hohem Maße beheben.

Hallenser in den Verlustlisten.

Als in Halle und seinen Vororten geboren werden gemeldet:

Preußische Verlustliste Nr. 554. Inf.-Regt. 148: Karl Kowalle vermißt 28. Nov 1914. — Inf.-Regt. 184: Friedrich Prozel l. verw. b. d. Tr. — Res.-Jäger-Batl. 2: Objäg. Karl Kremmling l. verw. — Jäger-Batl. 4: Gefr. Johannes Fleischer gestorben an seinen Wunden.

Preußische Verlustliste Nr. 555. Res.-Inf.-Regt. 26: Paul Rümpler bisher verm., in Gefgsch. — Res.-Inf.-Regt. 27: Willi Halle verm. Ltn. d. Res. Bruno Mederake l. verw. Karl Brettschneider, Giebichenstein, gefallen. Gefr. Kurt Marnitz, Giebichenstein, l. verw. Karl Terpe schw. verw. — Inf.-Regt. 52: Max Müller l. verw. — Inf.-Regt. 84: Hermann Preller l. verw. — Inf.-Regt. 158: Ltn. d. Res. Heinrich Erhard gef. — Inf.-Regt. 193: Hermann Schlegel durch Unfall leicht verletzt, b. d. Tr. — Res.-Inf.-Regt. 231: Wilhelm Friedrich l. verw. 20. 11. 14. — Feldartillerie-Regt. 4: Karl Hartmann gef. — Garde-Res.-Pionier-Regt. Max Schüle, Giebichenstein, l. verw.

Sächsische Verlustliste Nr. 290. Res.-Inf.-Regt. 244: Gefr. Albert Massenbach l. verw

Preußische Verlustliste Nr. 556. Gren.-Regt. 12: Bruno Elle gef. — Füs.-Regt. 36: Max Strickrodt, Giebichenstein, bish. verm., war verw., z. Tr. zurück. Max Rudolf Richter II bish. verm., z. Tr. zurück. Hans Zabel bish. verm., war verw., z. Tr. zurück. — Res.-Inf.-Regt. 36: Franz Müller bisher verm., in Gefgsch. Gustav Franz Meißner, Giebichenstein, bish. verm., z. Tr. zur. Emil Erk bish. verm., z. Tr. zur. — Res.-Inf.Regt. 39: Walter Berlich verm. — Res.-Inf.-Regt 72: Otto Bullert l. verw. — Inf.-Regt. 158: Utffz. Hans Elzner gef. — Res.-Feldartillerie-Regt 22: Ltn. d. Res. Walter Wege gef.

Preußische Verlustliste Nr. 557. Inf.-Regt. 26: Ewald Paul verm. — Res.-Inf.-Regt. 27: Kurt Mucke l. verw. — Inf.-Regt 53: Georg Weymann gef. — Inf.-Regt. 93: Gefr. Otto Götze schw. verw. — Inf.-Regt. 84: Ernst Kuhnt l. verw. — Feldartillerie-Regt. 221: Franz Werner gest. infolge Krankheit. — Fußartillerie-Regt. 10: Gefr. Emil Eichhorn gef. — Res.-Fernsprech-Abt. Posen: Hans Schellenbek l. verw., b. d. Tr.

Preußische Verlustliste Nr. 558. 6. Garde-Inf.-Regt.: Paul Halle gef. Robert Körting gef. Alfred Köhler l. verw. Willi Posse gef. — Res.-Inf.-Regt 27: Gefr. Fritz Kilian gef. — Inf.-Regt. Nr. 140: Paul Pollasch verm. — Inf.-Regt 153: Max Sander schw. verw.

Preußische Verlustliste Nr. 559. Gren.-Regt 1: Hermann Hoche gef. Karl Mühlberger, Giebichenstein, verm. Vzfeldw. Reinhold Wüst l. verw. — Füs.-Regt. 38: Franz Weber gef. — Res.-Inf.-Regt. 66: Willi Gerhardt bisher gestorben gem., vermißt. — Inf.-Regt. 95: Oskar Gille l. verw. — Inf.-Regt. 361: Utffz. Paul Schulze verletzt 1. 12. 15. — Res.-Eisenbahn-Komp. 43: Wilhelm Koch l. verw., b. d. Tr. — Res.-Fernsprech-Abt. 7: Gefr. Ernst Bennewitz l. verw. — Sanitäts-Komp. 1 d. Gardekorps: Paul Hanf l. verw.

Kaiserl. Marine-Verlustliste Nr. 80. Kaptlt. Max Hermann verm. Mtr. Paul Malisch, Trotha, verm. Mtr. Kurt Oettelt verm. Mtr. Otto Schrader verm. Mtr. Karl Strachauer, Giebichenstein, verm. Ob.-Bottl. Hans Weißenborn verm.

Preußische Verlustliste Nr. 560. Res.-Inf.-Regt 72: Max Hahn schw. verw. Kurt Meißner gef. Otto Walther l. verw. Ltn. d. Res. Wilhelm Lötsch gef. Gefr. Otto Fuchs l verw. Feldw.-Ltn. Franz Kluge l. verw

Nachtragen: Preußische Verlustliste Nr. 530. Res.-Inf.Regt. 23: Bernhard Stummer gef.

---

* **Kartoffelverkauf.** Die Käufer von Kartoffeln haben zum Nachweis, daß sie an dem betr. Tage zum Einkauf berechtigt sind, den Brotschein vorzulegen. — Die Marktstunden sind von 7 bis 12 und von 2 bis 6½ Uhr. Sonnabends wird stets nur bis 2 Uhr verkauft. Auf die 2. Verkaufsstelle im Schlacht- und Viehhof wird nochmals hingewiesen.

* **Der Bund zur Erhaltung und Mehrung der Volkskraft** schreibt uns: Die Flugschrift Das Einmachen der Früchte ohne Zucker nebst einer Anweisung zum Trocknen von Hedwig Heyl ist soeben eingetroffen, sie wird auf der Geschäftsstelle des Bundes (Physiologisches Institut, Magdeburger Straße 21, Sprechzeit 9 bis 1 Uhr, 3 bis 7 Uhr) unentgeltlich abgegeben. Den Mitgliedern des Bundes wird die Schrift durch die Post zugesandt. — Hingewiesen sei noch besonders auf das Kriegskochbuch, das vom Bunde herausgegeben wurde, und in jeder Buchhandlung zu dem außerordentlich billigen Preise von 25 Pf. erhältlich ist.

* **Vorbeugende Transportregelung.** Amtlich wird mitgeteilt: Die Gestellung der bedeckten Eisenbahnwagen ist in letzter Zeit befriedigend gewesen. Nennenswerte Ausfälle sind nicht entstanden. Die Gestellungsverhältnisse der offenen Wagen unterliegen zwar immer noch nicht unerheblichen Schwankungen, doch wird es voraussichtlich gelingen, auch bei ihnen größere Schwierigkeiten in der Gestellung bis auf weiteres zu vermeiden. Es kann daher den Verkehrtreibenden nur dringend empfohlen werden, die jetzige ruhigere Verkehrszeit nach Möglichkeit zur Regelung ihrer Bezüge und zur Ergänzung und Ansammlung von Vorräten, insbesondere von Kohlen, Düngemitteln, Baustoffen u. dgl., auszunutzen. Hierdurch wird der im Spätsommer wieder einsetzende, erfahrungsgemäß stärkere Verkehr entlastet. Auch können sich die Verkehrtreibenden, wenn sie jetzt Vorräte sammeln, hierdurch gegen Verlegenheiten bei plötzlichen Verkehrsbehinderungen, mit deren Eintreten nach wie vor gerechnet werden muß, sichern.

* **Zahlreiche Festnahmen Jugendlicher.** Der Polizeibericht meldet: In der Nacht zum Montag wurden 21 jugendliche Personen beiderlei Geschlechts, die sich ziel- und planlos auf der Straße aufhielten, angehalten und nach Feststellung ihrer Namen wieder entlassen.

* **Die Wohltätigkeitsaufführung im Stadttheater** zugunsten des Mobilmachungs-Ausschusses vom Roten Kreuz und des Nationalen Frauendienstes findet bekanntlich am Mittwoch, den 28. Juni, abends 8 Uhr, statt. In dem ersten Teile der Wohltätigkeitsaufführung wird das Stadttheaterorchester unter Leitung des Universitätsmusikdirektors Herrn Alfred Rahlwes die Sinfonie von Hermann Goetz und die Brahmsschen Variationen über ein Haydnsches Thema zum Vortrag bringen. Dina Mahlendorff singt mit Begleitung des Orchesters eine Konzertszene von d'Albert, Seejungfräulein (nach dem Andersenschen Märchen). Dieses Werk kommt bei der Gelegenheit zur ersten Aufführung in Halle. Die Besetzung der Hauptrollen in der Spieloper Der Schauspieldirektor von Mozart ist folgende: Mademoiselle Uhlich Fräulein Enghardt, Madame Lange Fräulein Schwarz, Mozart Herr Runkel, Schikaneder Herr Trott, Philipp Herr Rehbach. Erfreulicherweise ist, nach dem bisherigen Vorverkauf zu schließen, das Interesse für die Veranstaltung sehr groß, so daß hoffentlich eine bedeutende Summe dem Roten Kreuz und dem Nationalen Frauendienst zugeführt werden kann.

* **Freilichtspiele im Volkspark.** Morgen, Dienstag, abend wird in unserem prächtigen Garten ein bunter Abend stattfinden. Das ausgesuchte, reichhaltige Programm wird von den bewährten Kräften, den Opernsängerinnen Fräul. A. Kühns u. Fräul. Traude Gagelmann, den Opernsängern Herren Kurt Zilliger und Max Kramer und Kapellmeister Vandsburger, ausgeführt. Programme sind im Vorverkauf zu 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. inkl. städtischer Billettsteuer, in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44, in den Zigarrengeschäften A. Albrecht, Lindenstr., H. Spengler, Geiststr. 5, bei Herrn Max Morgner, Triftstraße, und im Volkspark zu haben. Bei dem angenehmen Aufenthalt im Garten und der Reichhaltigkeit des Programms, ist ein Besuch dieses Abends zu empfehlen.

* **Walhallatheater.** Heute, Montag, kommt zur ersten Aufführung Gestern noch auf stolzen Rossen . . ., Schauspiel in 5 Akten von Erich Friese. Das Stück, das in Berlin, Hamburg, Bremen Aufsehen erregte und allein in Leipzig über 50 ausverkaufte Häuser erzielte, kann nur fünfmal gegeben werden, weil am Sonnabend, den 1. Juli, ein vollständiger Spielplanwechsel eintritt.

* **In der Saale ertrunken.** Am Sonntagnachmittag ertrank beim Baden in der freien Saale in der Nähe der Rabeninsel ein des Schwimmens unkundiger 16jähriger Buchdruckerlehrling. Er hatte in Begleitung zweier junger Burschen eine Kahnfahrt unternommen und war sodann, trotz Warnung, in das Wasser gegangen. Die Leiche wurde noch nicht gefunden.

* **Lebensmüde.** Eine in der Mansfelder Straße wohnhafte Ehefrau versuchte sich in ihrer Wohnung durch Erhängen das Leben zu nehmen. Sie wurde durch eine zu Besuch weilende Schwester noch rechtzeitig bemerkt und abgeschnitten. Lebensgefahr besteht nicht.

* **Kinderelend.** Am Sonnabendabend wies eine Böttchersehefrau ihre vier Kinder im Alter von 12 bis 8 Jahren aus ihrer am Viktoriaplatz belegenen Wohnung, ohne das sich der Grund feststellen ließ. Die Kinder wurden dem Kinderheim zugeführt. — Ein aus dem Kinderheim entwichener Schulknabe wurde auf dem Paradeplatz aufgegriffen und dem Heim wieder zugeführt.

* **Beim Einbruch ertappt.** In einem am Böllberger Wege befindlichen Grundstücke wurde ein wohnungsloser Arbeitsbursche beim Aufbrechen von Bodenkammern betroffen und festgenommen.

Radewell. Eine Gemeindevertretersitzung findet heute, Montag, abend um 8 Uhr im Gasthaus Deutscher Kaiser statt.

Osendorf. Treibriemen-Diebstähle. In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag sind auf den hiesigen Braunkohlengrubenwerken 6 Stück Treibriemen gestohlen worden. Es ist zu verwundern, daß der Diebstahl geschehen konnte, da ein Nacht-Kontrollbeamter angestellt ist und durch eine Stechuhr seine Anwesenheit zu bestätigen hat. — In gleicher Nacht sind in der Waggonfabrik von G. Lindner, A.-G., in Ammendorf ebenfalls 2 Stück solcher Riemen entwendet worden, so daß in kurzer Zeit nun 7 Stück daselbst verschwunden sind.

Aus den Gerichtssälen.

Schöffengericht.

Kuchen oder Brot.

Hatte sich in letzter Zeit das Schöffengericht häufig mit der Frage zu beschäftigen, ob eine Backware Torte oder Kuchen sei, so mußte es jetzt feststellen, ob eine Backware als Brot oder als Kuchen anzusprechen sei. Weil er genußunfähiges Brot in den Verkehr gebracht und verschiedene Vorschriften des Bundesrates mißachtet hatte, mußte sich der jetzt in Kiel befindliche Bäckermeister Jünge verantworten. In den Geschäften Jünges hatten Plakate ausgehangen, daß markenfreies Brot zu haben sei. Verschiedentlich wurde denn auch solches Brot gekauft und dann, weil es nichts taugte, wieder zurückgegeben. Eine Frau ließ sich gleichfalls ein solches Brot holen in dem Glauben, daß es sich um das gewöhnliche Brot handle. Zu ihrem Erstaunen brachte der Knabe, der das Brot holte, ein kaum zwei Pfund schweres Brot, daß beim Anschneiden schon dumpfig roch. Glücklicherweise kostete die Frau erst ein Stück von dem Brote. Es schmeckte sehr schlecht und der Frau wurde übel. Sie ließ das Brot auf das Gewerbekommissariat schaffen und die Untersuchung ergab, daß es sich um verdorbenes Brot handle, das zum größten Teil aus Gerstenmehl hergestellt war. Jünge, der wegen weiter Entfernung nicht zum Termine erschienen war, hatte zur Entschuldigung angeführt, daß es sich um kein Brot, sondern um Kuchen gehandelt habe. Das Brot sei unter dem Namen „Rosinenbrot" in den Handel gebracht worden. Daß zwei Pfund 65 Pfennige gekostet hätten, läge daran, daß er das Mehl sehr teuer bezahlt hätte. Ihm sei versichert worden, es handle sich um ausländisches Mehl. Deshalb habe er auch keine Brotmarken genommen. In Wirklichkeit handelt es sich um sogenanntes verkehrsfreies Mehl. Nach der Ansicht zweier Sachverständiger handelt es sich nicht um Kuchen sondern um Brot. Es hätten sonst mindestens 10 Prozent Zucker verarbeitet sein müssen. Als die Käuferin des Brotes gefragt wird, ob sie das Bedürfnis gehabt hätte, sich noch etwas auf das Brot aufzuschmieren, wenn dasselbe sonst genießbar gewesen wäre, versteht sie die Frage erst nicht und meint, man müsse ja jetzt oft trocken Brot essen. Als ihr der Sachverhalt klar gemacht wird, erklärt sie, daß es sich auf keinen Fall um Kuchen gehandelt habe. Der Staatsanwalt beantragt wegen Vergehens gegen die Nahrungsmittelgesetze in Verbindung mit Verstößen gegen die Bundesratsverordnungen einen Monat Gefängnis, da es sich um ein großes Geschäft gehandelt habe und jetzt hart gegen solche Leute vorgegangen werden müsse. Das Gericht sieht noch einmal von einer Gefängnisstrafe ab, erkennt aber bei der Schwere des Falls auf eine Geldstrafe von 300 Mark.

Er fürchtete sich vor seiner Frau. Ein drolliger Vorfall beschäftigte das Schöffengericht Halle. Ein Fuhrmann sollte Kartoffeln nach Spickendorf fahren. Unterwegs machte er eine gute Zeche, wozu er mehr brauchte als ihm seine Geldmittel erlaubten. Um den Schaden einigermaßen wieder gutzumachen, unterschlug er einen halben Zentner Kartoffeln und verkaufte ihn für zwei Mark. Jetzt mußte er sich wegen Unterschlagung verantworten und führte zögernd zu seiner Entschuldigung aus, daß seine Frau nicht hätte merken dürfen, daß er soviel Geld verzecht habe. Es würde sonst Streitigkeiten gegeben haben. Seine Mitteilungen erregten allgemeine Heiterkeit. Das Gericht verurteilte den noch unbestraften Mann zu 10 Mark Geldstrafe.

Was beim Prozessieren herauskommt. Frau L. aus Zscherben wollte von der Familie B. mißhandelt worden sein. Sie erstattete Anzeige. Das Schöffengericht kam jedoch zu einem Freispruch, weil nicht festgestellt werden konnte, wer eigentlich der Urheber gewesen sei. Frau L. sollte jedoch jetzt sich wegen Betrugs dem Fiskus gegenüber verantworten, denn sie hatte zu viel Zeugengebühren verlangt. Ihr Sohn hatte die Reise nach Zscherben mitvergütet bekommen, obwohl er jetzt in Halle wohnt. Es handelt sich um einen geringen Schaden. Da aber häufig solche Betrügereien vorkommen, erkannte das Gericht auf eine Gefängnisstrafe von einem Tage.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftliche Internationale.

In der Justice vom 17. Juni 1915, dem Organ der britischen sozialdemokratischen Partei, schreibt Quelch jun., der auch Redakteur des Federationist ist, Organ der General Federation of Trade Unions: „Trotz des Krieges und der dadurch hervorgerufenen Schwierigkeiten sind drei von den verschiedenen internationalen Berufssekretariaten neben dem Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Sekretär Legien) fleißig mit ihrer Arbeit beschäftigt. Die Bulletins der Internationalen Holzarbeiter-Union, der Internationalen Transportarbeiter-Federation und von Internationalen Metallarbeiterbund erscheinen regelmäßig, sind frei von Rassenhaß und Chauvinismus und suchen nachzuweisen, daß das Herz der Internationale noch gesund ist und kräftig schlägt, im Widerspruch zu der häufigen Ankündigung ihres Hinscheidens."

Allerlei.

Gefährdete Weinernte in Frankreich. Matin meldet aus Toulouse: Seit einiger Zeit beobachten die Weinbauern des Südens und Languedocs in den Weinbergen ein allgemeines Auftreten des Schmetterlings der Pyraleraupe. In den letzten Tagen habe die Vermehrung des schädlichen Insektes beunruhigenden Umfang angenommen. Im ganzen Weingebiete Frankreichs sei wegen Fehlens von Arbeitskräften die Pflege der Reben vernachlässigt worden, so daß die weniger widerstandsfähigen Weinstöcke durch das Insekt vollständig angesteckt seien.

Religiöser Wahnsinn in einer russisch-polnischen Gemeinde. Ihren Bischof wollten dieser Tage, wie dem Lokalanzeiger geschrieben wird, in Lodz eine Anzahl Frauen „kreuzigen". Als dort der russische Bischof Kowalski in der Mariawiten-Kirche an der Podleszestraße erschien, versammelten sich zahlreiche Frauen, die riefen, sie hätten beschlossen, den Bischof zu kreuzigen. Der Geistliche, der die Frauen durch Ermahnungen von ihrem wahnwitzigen Vorhaben abhalten wollte, konnte nichts ausrichten und mußte schließlich angesichts der drohenden Haltung der Versammelten die Flucht ergreifen. In derselben Kirche und gegenüber dem gleichen Bischof haben sich vor etwa zehn Jahren ähnliche Ausschreitungen abgespielt.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Dienstag, den 27. Juni: Zeitweise wolkig, tagsüber warm, lokale Gewitter.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160626-18/fragment/page=0006